Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag
Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: Goldmark 8.—, halbjährig: Mark 4.—, vierteljährig: Mk. 2.—; Einzelnummer 20 Goldpfennig/Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Goldpfennig. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstr. 4 Fernsprecher 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 26 | **München, 26. Juni 1925** | **12. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo" ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber, Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1925 Wochenkalender 5685

	Juni	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	28	6	
Montag	29	7	
Dienstag	30	8	
Mittwoch	Juli 1	9	
Donnerstag	2	10	
Freitag	3	11	
Samstag	4	12	חקת בלק פרק ה׳

Das Jüdische Echo

Nummer 26 | 26. Juni | 12. Jahrgang

Erster Verbandstag des Preußischen Gemeindeverbandes

Der erste Verbandstag.

Berlin (J.T.A.). Am Sonntag, den 21. Juni 25 nachmittags trat der aus der Wahl vom 1. Febr. d. J. hervorgegangene erste Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden im ehemaligen Herrenhause zu einer ersten Session zusammen.

Vorher hatten die einzelnen Parteifraktionen Sitzungen abgehalten, dann fand eine interfraktionelle Beratung statt, in der man sich über die Zusammensetzung des Präsidium einigte.

Kurz vor 4 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Vorstandes der Berliner Jüdischen Gemeinde, Kammergerichtsrat Leo Wolff, mit einer feierlichen Ansprache die Tagung. Im Namen des Berliner Gemeindevorstandes, der laut der Verfassung des Preußischen Landesverbandes vom 25. Juni 22 Art. 36 bis zum Zusammentritt des Rates die Geschäfte zu führen hat, begrüßte er die erschienenen Delegierten, sowie den Vertreter des Preußischen Kultusministeriums, Ministerialrat Paul, den Vertreter der Stadt Berlin, Stadtrat Treitel, den Vertreter des Jüdischen Gemeindebundes von Sachsen-Anhalt, Salinger, und den Vertreter des Hessischen Jüdischen Gemeindebundes, Cohn. Er führte dann ungefähr aus:

Wir haben uns hier zu gemeinschaftlicher Arbeit vereinigt; wo uns Meinungsverschiedenheiten trennen, wollen wir diese von einer höheren Warte aus zum Austrag bringen. Es ist hier Platz für jede Richtung. Wir wollen hier eine Stätte schaffen, in der für das Wohl des Judentums gearbeitet wird; nicht allein für das materielle Wohl, sondern für die Erhaltung und Förderung von Religion, Ethik, Wissenschaft und Geistesbildung; eingedenk der ehrenvollen Geschichte der deutschen Juden.

Diese Versammlung verkörpert die preußische Judenheit; das ist aber noch lange nicht genug. Das Ziel ist der Zusammenschluß aller deutschen Juden in einer großen deutschen Organisation. Hierfür ist der Unterbau noch nicht vollendet, hoffen wir, daß dies bald der Fall sein wird, denn eine solche Zusammenfassung tut bitter Not.

Der Redner erinnerte an seinen Besuch beim Reichspräsidenten v. Hindenburg vor wenigen Tagen, bei welcher Gelegenheit der Reichspräsident die Gleichberechtigung und gleiche Behandlung aller Bekenntnisse als Grundsatz aufstellte. (Bravorufe.) Das ist ja nur eine Selbstverständlichkeit, aber daß es ausgesprochen wurde und durch den ersten Beamten des Reiches, war gut. Man erfuhr, wie ein wahrhaft deutscher Mann über Juden und Judentum denkt. Wir werden darauf antworten, indem wir als ein Bestandteil der deutschen Volksgesamtheit zum Wohl des Ganzen arbeiten werden.

Der Landesverband wird als eine öffentlich-rechtliche Körperschaft auch die Vertretung der preußischen Judenheit nach außen hin sein. Als wir den Landesverband vor drei Jahren gründeten, waren wir überzeugt, daß die erste Tagung bald zustande kommen würde. Zwei Gründe sind es, die eine so lange Hinausschiebung notwendig machten; erstens war die Fülle der vorbereitenden Arbeiten groß, zweitens warteten wir auf die öffentlichrechtliche Regelung. Darüber wird aber noch einige Zeit vergehen, deshalb entschlossen wir uns die Tagung einzuberufen. Die Organisationsarbeit nach innen ist bereits getan, hoffen wir, daß die Arbeit mit den Reichs- und Staatsbehörden bald zum Abschluß gebracht werden wird. — Der Redner hob die Verdienste des Herrn Dr. Ismar Freund hervor, dessen Können und unermüdlicher Eifer dem Werke dienstbar waren (Bravorufe.).

Der Verbandstag ist die erste jüdische Repräsentanz in Deutschland, die aus allgemeinen, geheimen und direkten Wahlen hervorging. Wir werden nach parlamentarischer Gepflogenheit öffentlich tagen. Die Aufgabe des Vorstandes der Berliner Gemeinde ist beendet, wir geben sie in die Hände des Landesverbandes zurück. Wir wollen den Blick richten auf das, was uns eint, nicht auf das, was uns trennt. Dann wird unsere Arbeit Bahn schaffen für die Zukunft und eine Quelle des Segens sein für alle Zeiten (Lang anhaltender Beifall).

Der Präsident des Deutschen Rabbinerverbandes, Dr. Baeck, richtete in einer eindrucksvollen Ansprache die Aufforderung an die Versammelten, sich von Schlagworten fernzuhalten und den Geist der wahren Einigkeit zu pflegen. „Aristokratie“ und „Demokratie“ sind Worte, denen man erst einen Inhalt geben muß. Es gibt eine Aristokratie müder Erben und eine Demokratie der Plebejer. Es gibt aber auch eine Aristokratie des Geistes und Gewissens und eine Demokratie der Vornehmen. Auch die Einheit ist nicht zu wünschen als eine Einheit der Oberflächlichen, die die Mode zusammenbringt. Wir wollen eine höhere Einheit um Gottes Willen, eine Einheit aus Gewissen und Selbstlosigkeit. Möge diese Versammlung jüdischer Menschen zum Segen des Judentums sein.

Im Namen des Bürgermeisters von Berlin, der seine Abwesenheit entschuldigen ließ, hieß Stadtrat Treitel die Tagung willkommen. Der Vertreter des Jüdischen Gemeindebundes von Sachsen-Anhalt und der Vertreter des Hessischen Jüdischen Gemeindebundes begrüßten die Tagung im Namen ihrer Verbände und brachten zum Ausdruck, daß die Judenheit ihrer Länder die Schaffung einer einheitlichen Organisation der gesamten deutschen Judenheit aus tiefstem Herzen begrüßen würde. Der Vorsitzende verlas dann ein Begrüßungsschreiben des Verbandes Bayerischer Isra-

elitischer Gemeinden, in welchem ebenfalls die Bereitschaft erklärt wurde, einem Reichsverbande der deutschen Juden beizutreten, der allein jene Aufgaben erfüllen könnte, denen die einzelnen Länder nicht gewachsen sind. In einem Begrüßungstelegramm der Badischen Landessynode, Karlsruhe, wird der gleiche Wunsch zum Ausdruck gebracht.

Hierauf wird zur Wahl des Präsidiums geschritten. Herr Dr. Baerwald teilt mit, daß sich die Fraktionen auf die folgenden Herren geeinigt haben: Präsident Justizrat Sonnenfeld (Lib. Vereinigung), Vizepräsidenten R.-A. Kollenscher (Jüd. Volkspartei), Dir. Isi Kahn (Konservativ). Die Wahl geschieht durch Zuruf.

Die Gewählten nehmen ihre Sitze ein, worauf der Präsident Justizrat Sonnenfeld für die Wahl dankt und größtmögliche Unparteilichkeit der Geschäftsführung zusichert. Er erinnert an die friedlichen Worte des Reichspräsidenten v. Hindenburg an Kammergerichtsrat Wolff, sowie an die berühmte Stuttgart-Rede Walther Rathenaus, dessen dritter Todestag sich dieser Tage jährt, und schließt, das Ziel sei: die Mitarbeit am Bau des Vaterlandes.

Der Präsident schlägt vor, das Präsidium durch Rabbiner Dr. Braunschweiger zu ergänzen. Dr. Braunschweiger wird durch Zuruf gewählt. Es wird dann eine vorläufige Geschäftsordnung angenommen und ein fünfzehngliederiger Ausschuß zur Ausarbeit der definitiven Geschäftsordnung eingesetzt. Zu Punkt 4 der Tagesordnung werden auf Vorschlag des Lehrerverbandes die Herren Heinr. Stern und Levy-Frankfurt a. M. als Vertreter der Lehrerschaft in den Rat gewählt. Als die sechs Rabbinervertreter im Rat werden die Herren Dr. Baeck-Berlin, Dr. Horowitz-Frankfurt a. M. und Dr. Seligmann-Frankfurt a. M. als Vertreter des Rabbinerverbandes, und die Herren Prof. Guttmann-Breslau, Dr. Weinberg und Prof. Elbogen als Vertreter der drei jüdischen Hochschulen vorgeschlagen. R.-A. Dr. Klee schlägt die Wahl des Rabbiners Dr. Emil Levy vor. Es wurde vereinbart, die Wahl für den 2. Verhandlungstag zurückzustellen. Hierauf wird in die Wahl von vier Mitgliedern des Rates gemäß Art. 21 Ziff. 3 der Verfassung eingegangen. Es liegen drei Vorschlagslisten vor. Auf Antrag Dr. Klee wird durch Namensaufruf abgestimmt. Es werden 113 Stimmen abgegeben. Davon entfallen auf die Liste Vogelstein-Breslau 60 Stimmen = 2 Ratsitze; Liste Dr. Hantke 28 Stimmen = 1 Ratsitz; Liste M. A. Loeb 25 Stimmen = 1 Ratsitz.

Der Rechenschaftsbericht.

Der Vorsitzende des Komitees des Landesverbandes Dr. Ismar Freund erstattete hierauf den Bericht über die diesjährige Tätigkeit des Verbandes. Er schildert die Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsbehörden. Es schien ungewiß, ob Art. 137 Reichsverfassung schon die öffentlich-rechtliche Stellung des Landesverbandes sichert, oder ob ein besonderer Staatsakt notwendig sei. Die Entscheidung wurde verzögert, es mußten zuerst Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reich und Preußen geklärt werden. Die jüdische Gemeinde Berlin beantragte eine Abänderung des Judengesetzes von 1847. Es muß zunächst noch der Zweifel geklärt werden, wie weit der heutige Staat in Religionsangelegenheiten zuständig ist. Sicher ist, daß Reich und Staat sich positiv verhalten und schon heute den Landesverband in der Praxis als öffentlich-rechtliche Körperschaft behandeln.

Der Redner ging dann zur Besprechung der inneren Lage der Gemeinden über, die er zum Teil als sehr prekär schilderte. Nicht allein die Kleingemeinden, sondern auch die Großgemeinden sind finanziell nicht gesichert. Mehr als 650 Gemeinden sind direkt unterstützungsbedürftig. 800 preußische Gemeinden entbehren der geistigen Vorsorge. 285 Gemeinden haben keinen Lehrer, 219 keinen einzigen Kultusbeamten, 425 keine Institute nach dem jüdischen Gemeindegesetz. Hilfe muß kommen, aber ohne finanzielle Hilfe des Staates kann man nicht existieren. Der Landesverband muß eingreifen, um das Bestehende zu erhalten und Fehlendes zu ersetzen. Es muß eine einheitliche Steuerordnung durchgeführt werden. Der Verband muß eine öffentlich-rechtliche Organisation mit Umlagerecht sein. Wir haben in dieser Richtung die Arbeit bereits aufgenommen. Dennoch steht und fällt der Landesverband mit der Staatsunterstützung. Das Finanzministerium hat in der Inflationszeit eingegriffen und für alle Glaubensbekenntnisse die Gehaltszahlung für je einen Geistlichen auf 2500 Seelen bewilligt. Dem Landesverband wurden damals 6,8 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Man legte zugrunde eine Bevölkerungszahl von 425 000 auf welche 170 Stellen mit je 40 000 Mark entfielen. Seit der Stabilisierung wurden die Leistungen eingestellt. Die Arbeit wird in dieser Hinsicht weitergeführt. Es wird erwartet, daß in diesem Jahre die Frage der Staatsleistungen zur Erledigung kommt. Die Synagogen-Gemeinden sollen das Recht erhalten, die Steuern durch den Staat einzuziehen, und der Staat wird ihnen auf diese Steuern hin Vorschüsse gewähren. Als eine große Tatsache ist es zu betrachten, daß der Reichstag soeben eine Million Mark für Kultusinstitutionen der evangelischen, katholischen und israelitischen Kirchen bewilligt hat. Dies ist von ungeheurer prinzipieller Wichtigkeit, indem die Gleichberechtigung der Synagogengemeinden mit den Institutionen der übrigen Kirchen dokumentiert ist.

Der Redner beklagte sehr die Verzögerung der Angelegenheit des Landesverbandes durch eine „kleine Minorität" traditionell-orthodoxer Gemeinden, die ihr Vetorecht ausübt. (Hört-Hört-Rufe.) Ferner beklagt er die Säumigkeit einer großen Zahl von Gemeinden in der Erteilung von Auskünften über innere Angelegenheiten. Die Gemeinden schaden sich dadurch sehr. Er schilderte die traurige Lage der Gemeindebeamten, von denen manche, die 40 bis 50 Dienstjahre hinter sich haben und verheiratet sind, ein Gehalt von monatlich 60—75 M. beziehen. Dabei sind sie nicht pensionsberechtigt. Es wird Aufgabe des Landesverbandes sein, 1. eine gemeinsame Steuerordnung durchzuführen, 2. die Gehälter der Lehrer und Beamten zu regulieren, 3. ein Pensionsgesetz zu schaffen.

Der Redner schließt: Eine ungeheure Fülle von Aufgaben wartet unser, einen Weg voller Dornen und Steine haben wir durchschritten, aber wir werden weiter schaffen zum Heile der Judenheit und zum Fortschritt der Menschheit (Lang anhaltender Beifall).

Auf Antrag Dr. Klee wird beschlossen, einen fünfzehngliedrigen Sozialausschuß einzusetzen.

Der Vorsitzende schließt darauf die Sitzung, die Delegierten begeben sich in das Logenhaus Kleist-

straße, wo die Jüdische Gemeinde Berlin ihnen ein Festessen gibt.

Der zweite Verhandlungstag.

Am Montag, den 22. Juni, zwischen 9 und 11 Uhr morgens tagten die Fraktionen, auch fand eine interfraktionelle Sitzung statt, in der über die Besetzung der Rabbinerposten im Rat verhandelt wurde, eine Einigung herrschte nur inbezug auf die Rabbiner Dr. Baeck und Dr. Horowitz und inbezug auf die Vertreter der Hochschulen. Für den 3. Rabbinersitz präsentierten die Liberalen Dr. Seligmann, die Volkspartei Dr. Emil Levy.

Um 11 Uhr begann die Plenarsitzung mit der Wahl der Rabbinervertreter im Rat. Gewählt wurden durch Zuruf Dr. Baeck und Dr. Horowitz-Frankfurt a. M. Mit Bezug auf den dritten Sitz entspann sich eine Diskussion, in deren Verlauf Oberreg.-Rat Hans Goslar für die Wahl Levy's eintrat. Es kam zur Abstimmung. Gewählt wurde Dr. Seligmann. Als Stellverter wurden gewählt Dr. Rosenthal-Köln, Dr. Levy und Rabbiner Wilde. Als Vertreter der Hochschulen wurden durch Zuruf gewählt: Prof. Dr. M. Guttmann-Breslau, Rabb. Dr. Weinberg-Berlin u. Prof. Dr. Elbogen-Berlin.

Nachdem noch Herr Dr. Ismar Freund zum Etat gesprochen hatte, ging man in die Generaldebatte über den Rechenschaftsbericht ein. Herr Stern (liberal), der als erster das Wort ergriff, betonte sehr warm das Motiv des Klal-Judentums, sprach über die Notwendigkeit der Ausbildung eines tüchtigen Lehrernachwuchses, und setzte sich warm für die Idee eines Reichsverbandes aller deutschen Juden ein. (Beifall.) Herr Dr. Klee (Volkspartei) sprach für die Gleichstellung zwischen Ost- u. Westjuden. Er setzte sich für den Ausbau des jüdischen Schulwesens ein, da ohne Schulen sich kein Lehrerstand entwickeln kann. Er sprach von der Notwendigkeit der Arbeit am Aufbau Palästinas, der eine Sache der Gesamtjudenheit sei, und setzte sich für die Unterstützung des Palästina-Aufbaufonds (Keren Hajessod) ein. Auch die soziale Fürsorge sei eine Angelegenheit, der der Landesverband seine Kraft und Aufmerksamkeit widmen muß.

Protestresolution gegen verschärfte Ostjudenausweisungen und gegen Erschwerung der Einbürgerung von ausländischen Juden. Gegen Naumann.

Berlin (J.T.A.). Der größte Teil des zweiten Verhandlungstages war der Generaldebatte gewidmet. Herr Dr. Klee, seine Rede fortsetzend, wandte sich in sehr scharfen Ausführungen gegen die Politik der von Dr. Max Naumann geführten nationaldeutschen Juden, die alle für Palästina tätigen Juden als Verräter an Deutschland bezeichnen. Zwischen jüdischem und deutschem Handeln und Fühlen, so führte der Redner aus, gibt es keinen Widerspruch. Eines stört das andere nicht. Man fühlt und handelt als Jude jüdisch und als Deutscher deutsch.

Als Vertreter der Konservativen formulierte R.A. Horowitz-Frankfurt a. M. die kulturellen und Schulforderungen der gesetzestreuen Juden. Er forderte jüdische Schulen, in denen die Thora ein Heim hat. Es gibt, sagte er, kein jüdisches Leben ohne die Thora. Wir Konservativen, schloß er, stehen überall da, wo es eine Angelegenheit der jüdischen Gemeinschaft, des Klal-Jisroel, zu vertreten gilt. Arbeit für Klal-Jisroel ist Arbeit für die Menschheit.

Mag.-Rat Neumann (Religiöse Mittelpartei) trat ebenfalls für religiöse Erziehung ein. Er bekämpfte aber die Forderung, daß Hebräisch Unterrichtssprache in religiösen Fächern sein sollte. Hebräisch, sagte er, ist unsere heilige Sprache. Wer sie als Umgangssprache gebrauchen will, der mag es tun, uns widerstrebt es, so etwas zu unterstützen. Dem Aufbauwerk in Palästina stehen wir sympathisch gegenüber, aber auch das ist Sache des Einzelnen. Der Landesverband ist ein Verband preußischer Juden, ihm obliegen einzig preußisch-jüdische Aufgaben.

Alfred Berger (Poale Zion) protestiert gegen die unparitätische Zusammensetzung des Rates, welcher von der liberalen Mehrheit beherrscht ist. Das Wahlrecht in zahlreichen jüdischen Gemeinden ist noch immer das veraltete Verhältniswahlrecht in vielen Gemeinden haben die ausländischen Juden überhaupt kein Wahlrecht. Der Redner bezeichnete es als eine Ehrenpflicht der preußischen Judenheit, das Aufbauwerk in Palästina zu fördern, die von den jüdischen Arbeiterparteien geschaffenen Institutionen für das arbeitende Palästina zu unterstützen, ebenso das Werk der fachlichen Ausbildung von Chaluzim. Die soziale Wohlfahrt ist eine der vornehmsten Aufgaben des Verbandes, aber sei müsse nicht an den Grenzen Halt machen.

Es wird beschlossen, den vorgelegten Haushalt für das Jahr 1925 einem fünfzehngliederigen Ausschuß zur Durchberatung und Berichterstattung zu überweisen, worauf sich die Sitzung auf Nachmittag vertagt.

Den Reigen der Redner der Nachmittagssitzung eröffnet San.-Rat Peyser (Liberale Fraktion, Vorstandsmitglied des Verbandes nationaldeutscher Juden). Er polemisierte sehr scharf dagegen, daß Gelder deutscher Juden für Auslandszwecke, d. h. für Palästina, verwendet werden. Er zweifle nicht an der gut jüdischen Gesinnung der Zionisten, er zweifle aber an ihrer deutschen Gesinnung. Die Worte des Redners rufen einen Sturm der Entrü-

stung auf Seiten der Volkspartei hervor. Auch Vertreter der anderen Minderheitsparteien protestieren. Die Stimmung wird sehr erregt.

Frau Ollendorff (Liberal) schildert eingehend die Arbeit der jüdischen Frau auf sozialem Gebiete, sowie auf dem Gebiet des Frauen- und Mädchenschutzes, auf welchem unschätzbare Resultate erzielt worden sind. Sie appelliert an die Männer, sich der Mitarbeit der Frauen im weitesten Maße zu bedienen.

Dr. Sandler (Volkspartei) verteidigt vier Postulate: 1. Absolute Durchführung der Demokratie im Landesverband; 2. das Vorgehen der Staatsbehörden gegen die Ostjuden ist von einer ungerechtfertigten Härte und Rücksichtslosigkeit. Die Ausweisungspraxis wird unglaublich hart gehandhabt, wegen geringer Paßvergehen werden die härtesten Strafen auferlegt.

Er begründet die von seiner Fraktion eingebrachte Resolution an den Minister des Innern, die nachgeordneten Behörden nach der Richtung einer humaneren Handhabung der Vorschriften zu instruieren. 3. Die Organisation des Landesverbandes wird die Einheitsidee unter den preußischen und deutschen Juden stärken und die Bande zusammenhalten, die die Emanzipation zu lösen begonnen hat. 4. Mitarbeit am Aufbau Palästinas ist Sache jedes Juden. Die deutsche Judenheit müsse sich nach dem Beispiel der amerikanischen Judenheit an der Jewish Agency beteiligen.

Rabb. Kober-Köln beleuchtete die Position der Rabbiner, Lehrer Falkenberg (liberal) sprach über das Problem des Religionsunterrichtes. Er forderte eine Vermehrung und Intensivierung der Religionsstunden an den Staatsschulen und stellte diese Forderung der Errichtung eigener jüdischer Schulen voran. Er nahm San.-Rat Peyser gegen die Angriffe der Linken in Schutz.

M. A. Loeb (konservativ) stellt im Gegensatz zum Vorredner das Postulat eigener jüdischer Schulen voran. Auf eine Vermehrung des Religionsunterrichtes an Staatsschulen sei wenig zu hoffen, nur die jüdische Schule wird jüdisches Wissen und jüdische Tradition stärken. Die steigende Zahl der Mischehen zehrt am Mark des Judentums. Das muß allen zu denken geben.

Ministerialrat Dr. Badt (Volkspartei) schließt sich den Ausführungen Dr. Sandlers an, daß die Praxis gegen die Ostjuden und die Auslandsjuden eine unmenschliche ist. Ihm als Landtagsabgeordneten ist das betreffende Material zugänglich, und er könne von Fällen berichten, wo jüdischen Ausländern, die 40 Jahre in Deutschland wohnen, die Einbürgerung verweigert wurde. Der Redner klagt die nationaldeutschen Juden an, daß sie durch ihre Propaganda die preußischen Behörden gegen die ausländischen Juden beeinflussen. Oft kommt es vor, daß Behörden sich auf Dr. Naumann berufen, wenn man von ihnen eine mildere Praxis gegen Auslandsjuden verlangt. (Hört-Hört-Rufe). Wie muß es auf Nichtjuden wirken, wenn das Mitteilungsblatt der nationaldeutschen Juden, das vielen nichtjüdischen Kreisen zugänglich gemacht wird, alle Zionisten als Landesverräter bezeichnet. (Pfui-Rufe. Von liberaler Seite wird dem Redner zugerufen, er möge nicht so viel über Naumann sprechen, es interessiere niemand. Seitens der Volkspartei wird den Liberalen der Name Peyser entgegengerufen). Der Redner bringt Fälle vor, wo die Deutschnationalen im Landtag den Innenminister Severing wegen seiner angeblichen Ostjudenfreundlichkeit aufs schärfste bekämpften und sich auf Artikel in dem von Dr. Naumann herausgegebenen Mitteilungsblatt beriefen. Für uns Juden in Deutschland, rief der Redner aus, versteht sich das Deutsche von selbst! (Allseitiger Beifall!) Es ist uns aber ein Herzensbedürfnis, in einem neuen und freien Deutschland zu leben. Dr. Naumann hat sogar den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, auf den wir alle stolz sind, als Bund jüdischer Einheitsfrontsoldaten bezeichnet. Der Redner gelobte, künftighin Dr. Naumann und dem Verbande nationaldeutscher Juden scharf auf die Finger zu sehen.

Dir. Holländer (Central-Verein) führt aus, wir Juden bilden eine religiöse Gemeinschaft und nur die Religion verbindet uns mit den ausländischen Juden. Es wird in zu leichter Weise eine Gemeinschaft mit den Ostjuden konstruiert, die nicht existiert. (!) Wir halten die Ostjuden keineswegs als unebenbürtig oder gar minderwertig, aber wir stellen fest, daß sie anders geartet sind und in den deutschen Kulturkreis nicht hineinpassen. (!) Mit Bezug auf die Ausweisungspraxis stimmt der Redner mit Dr. Sandler überein, und teilt aus eigener Erfahrung unglaubliche Fälle mit. In Oberschlesien wurde ein betrunkener Deutscher, der im Grenzgebiet herumirrte, von einem Zollbeamten erschossen. Darüber zur Rede gestellt, entschuldigte sich der Beamte damit, er hätte geglaubt, es sei ein polnischer Jude. Wenn Behörden so etwas mit Sympathie anhören, so kann man sich ein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen machen. Der Redner akzeptiert die Formel Dr. Klees, daß man als Jude jüdisch und gleichzeitig als Deutscher deutsch fühlen kann, nur bedingt. Wir können keineswegs deutsche Sprache und hebräische Sprache nebeneinander stellen. Deutsch ist unsere Volkssprache, hebräisch unsere heilige Sprache. Der Religionsunterricht muß auf eine möglichste Höhe gebracht werden. Die Rabbinerfrage ist akut. Wegen des langen Studiums und anderer Verhältnisse besteht eine Abneigung dagegen, sich dem Rabbinerstand zu widmen. Hier muß eine intensive Propaganda einsetzen.

Palästina als Zufluchtsland unserer unglücklichen Glaubensbrüder im Osten sei zu begrüßen, die Zionisten aber spielen alles auf eine Karte aus, setzen alle Hoffnungen auf ein Ziel. Was geschieht aber, wenn ein Rückschlag kommt? Darum ist unser Bestreben: Öffnung der Grenzen nach allen Ländern.

Auf Antrag Dr. Stern wird die Debatte geschlossen und über die Resolution der Volkspartei abgestimmt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie hat den folgenden Wortlaut:

Der Verbandstag stellt mit Bedauern fest, daß die Ausweisungspraxis der preußischen Verwaltungsbehörden, gegenüber den Ostjuden immer schärfer gehandhabt wird, und daß Anträgen auf Einbürgerung auch wenn die Antragsteller schon jahrzehntelang in Deutschland wohnen, immer größere Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Der Verbandstag ist überzeugt, daß der Minister des Innern als oberster Chef der Verwaltung diese Praxis nicht billigt, und bittet ihn daher, die nachgeordneten Behörden mit entsprechenden Weisungen zu versehen, insbesondere aber anordnen zu wollen, daß bei Ausweisungsfällen den Geboten der Menschlichkeit mehr als bisher Rechnung getragen wird.

Nunmehr ergreift Herr Dr. Ismar Freund das Wort zu Punkt 8 der Tagesordnung: Revision des preußischen Judenrechts. Der Redner geht ausführlich auf Art. 137 der Reichsverfassung ein, laut welchem eine Staatskirche nicht existiert, wonach also die einzelnen Glaubensgemeinschaften die Freiheit, eigene öffentlich-rechtliche Organisationen zu bilden, besäßen. Es bleibt aber ungeklärt, ob durch diesen Artikel das Judengesetz von 1847 als abgeschafft zu gelten habe, ob es sich um ein zwingendes Reichsrecht handelt, welches Staatsrecht bricht, oder ob Raum gelassen wird für Landesgesetze. Der Redner bespricht dann die Vorlage betreffend die Revision der preußischen Judenrechte und geht ausführlich auf die Judenrechte der verschiedenen Länder ein, wobei er manche kuriose Beispiele anführt. Es müsse, schloß er, ein einheitliches Judenrecht zur Geltung kommen. Der Redner geht auf die Frauenfrage, Wahlrechtsfrage, Frage des Ausländerwahlrechts ein und stellt den Grundsatz auf: Wer in der Gemeinde als Jude wohnt, der ist Jude. (Beifall).

Die Sitzung wird auf Dienstag, 11 Uhr vormittags vertagt.

Wahl des Präsidiums des Verbandsrates.

Berlin (J.T.A.). Der neugewählte Rat des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden hat am Dienstag, den 23. Juni, mittags, eine Sitzung abgehalten und sich konstituiert.

Zum Präsidenten wurde der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde Kammergerichtsrat Leo Wolff (Lib. Vereinigung) gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden mit gleichen Rechten und Pflichten wurden gewählt: Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee (Jüdische Volkspartei), Bankier Bruno Galewsky (konservativ) und Justizrat Leo Lilienthal (liberal).

Der dritte Verhandlungstag.

Berlin (J.T.A.). Die erste Sitzung des dritten Verhandlungstages war der Durchberatung des Etats gewidmet. Betreffend einige Ausgaben-Posten wie z. B. Lehrerbildungsanstalten entspannt sich eine eingehende Diskussion, an der sich Lehrer Falkenberg, Rabbiner Kaufmann, A. Wiener-Beuthen, Rabbiner Dr. Freund-Hannover u. a beteiligten.

Zu einer interessanten Auseinandersetzung kommt es bei der Durchberatung des Kapitels Einnahmen. Und zwar bei der Position Staatsbeihilfen. Die Herren Dr. Ismar Freund und Landtagsabgeordneter Dr. Badt geben Aufschluß über die bisherige Geschichte der Staatsbeihilfen.

Herr Abgeordneter Dr. Badt gibt eine ausführliche Geschichte der Kämpfe um die Staatsbeihilfen für die jüdischen Synagogen-Gemeinden, und meint, der Kampf um die Staatsbeihilfen ist ein wichtiger Beitrag zum jüdischen Kampf ums Recht. Bereits im Jahre 1914 hatte im Preußischen Abgeordnetenhaus ein Kampf dafür eingesetzt, daß den jüdischen Synagogengemeinden die proportionell gleiche Staatsbeihilfe zuteil wird, wie den evangelischen und katholischen Bekentnissen. Im Jahre 1923 figurierte im Preußischen Etat ein besonderes Kapitel Synagogengemeinden. Aber schon im Jahre 1924 fiel die Angelegenheit unter den Tisch, ohne daß eine Begründung hierfür versucht worden ist. Der Kampf um die Wiederherstellung der Position wurde aufgenommen unter der Devise: was für Evangelen und Katholiken recht ist, muß für die Juden billig sein. Charakteristisch waren die Argumente, die der damalige Finanzminister Richter gegen den damals vorliegenden Antrag Dr. Badt und Genossen ins Treffen geführt hat. Er meinte, der Umstand, daß das Fehlen dieser Position im Etat viele Jahre nicht bemängelt worden ist, beweise, daß die Notwendigkeit einer Wiedereinstellung nicht vorliegt. Der Redner bemerkte, dieses Argument zeige, wie leicht durch stillschweigende Duldung ein Unrecht zum Recht gestempelt wird. Ein zweites Argument des Ministers war der Hinweis, daß die Synagogengemeinden sogar leistungsfähiger sind als die christlichen Gemeinden. Auch hier altes Vorurteil, welches unsere soziale Arbeit hemmt, und bekämpft werden muß.

Der Kampf um die Position der Synagogengemeinden im Preußischen Etat muß im Herbst erneut und mit Nachdruck aufgenommen werden. Bei den Parteien der Weimarer Koalition besteht ein weitgehendes Verständnis. Gerade die sozialistische Fraktion war es gewesen, die als erste einen auf Einstellung einer bestimmten Summe für die Synagogengemeinden in den Etat dahingehenden Antrag eingebracht habe. Das ist um so bedeutsamer, als die Sozialdemokraten gegen alle Leistungen an Religionsgesellschaften sind. Aber aus Gründen der Gerechtigkeit fordern sie Beitragsleistungen für die

Synagogen, solange Beiträge an andere Religionsgemeinschaften gezahlt werden. Hier ist eine Analogie zu ziehen. Noch vor 12 Jahren galten die Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen, heute anerkennt man bis weit nach rechts hinein ihre staatserhaltende Kraft. Auch wir Angehörigen der jüdischen Volkspartei werden in Kreisen der Liberalen, wo noch Naumann'sche Verdächtigungen wirken, als undeutsch gescholten. Wir hegen die Hoffnung, daß in weiteren Jahren auch die Arbeit der jüdischen Volkspartei von jüdischen Kreisen voll anerkannt sein wird.

Es wurde dann zur Abstimmung über den Etat des Landesverbandes für 1925 geschritten, der mit den vom Haushaltausschuß vorgeschlagenen Änderungen einstimmig angenommen wurde.

Der beschlossene Haushaltvorschlag für 1925.

Berlin (J.T.A.). Der vom Verbandstag angenommene Voranschlag des Landesverbandes für 1925 sieht vor:

Ausgaben:

Kap. 1:	Verwaltung	Mk. 59.000.—
Kap. 2:	Subventionen an Gemeinden, Theologische Bildungsanstalten u. Lehrerbildungsanst.	Mk. 1.153.700.—
Kap. 3:	Verwaltungsblatt . . .	Mk 6.000.—
Kap. 4:	Statistisches Jahrbuch .	Mk. 4.000.—
Kap. 5:	Verbandstag und Rat .	Mk. 50.000.—
Kap. 6:	Bildungsanstalten zur Heranbildung von Lehrern, Kantoren und Gemeindebeamten	Mk. 46.000.—
Kap. 7:	Verschiedenes u. unvorhergesehene Ausgaben .	Mk. 50.000.—
	Summe	Mk. 1.368.700.—

Einnahmen:

1.	Staatsbeihilfen	Mk. 510.000.—
2.	durch Beiträge der Gemeinden aufzubringen	Mk. 858.700.—
	Summe	Mk. 1.368.700.—

Nach den Münchener Gemeindewahlen

Diejenigen Leser, denen die Notiz in Nummer 23 dieses Blattes über die Gemeindewahl oder die amtliche Bekanntmachung der Iraelitischen Kultusgemeinde München darüber entgangen ist — und es werden deren nicht wenige sein — dürften sich über die Überschrift verwundern. Von den Gemeindewahlen, die stattfanden, haben wohl die allerwenigsten Mitglieder der Kultus-Gemeinde etwas gemerkt und besonders vom Standpunkt der jüdischen Volkspartei, die im Jahre 1920 mit entschiedenen demokratischen Programmforderungen hervorgetreten ist, halte ich es für bedauerlich, daß die Gelegenheit der Gemeindeneuwahl nicht zum mindesten dazu benützt wurde, an die Gesamtheit der Gemeindewähler mit einem Bericht heranzutreten, ihnen zum mindesten in einer großen allgemeinen Versammlung Gelegenheit zu geben, über die Entwicklung der Gemeindeverwaltung seit der letzten Wahl Kenntnis zu erhalten und sich auszusprechen. Ist doch eine Hauptforderung, mit der die jüdische Volkspartei 1920 in den Wahlkampf eingetreten ist, eine enge Verbindung der Gemeindemitglieder mit der Gemeindeverwaltung herzustellen, bisher im wesentlichen unerfüllt geblieben und ich habe auch nicht den Eindruck, daß etwa die nunmehr in 5 Nummern vorliegende „Bayerische Israelitische Gemeindezeitung" diese Verbindung herzustellen vermag. Ich unterschätze die Schwierigkeiten nicht, die in dieser Richtung bestehen, hätte es aber für notwendig und möglich gehalten, daß die Gemeindeverwaltung von sich aus in gewissen Abständen die Gemeindewähler zusammenberuft, um ihnen über die wesentlichen Gemeindeangelegenheiten zu berichten, oder daß die an der Gemeindeverwaltung beteiligten Parteien dies tun. Aus all diesen Gründen bedauere ich außerordentlich, daß nicht wenigstens bei der Neuwahl von der jüdischen Volkspartei aus etwas derartiges unternommen wurde. Ich fürchte, daß die auf einem Kompromißwege ohne jede Beteiligung der Wählerschaft erfolgte Neubesetzung der Gemeindevertretung zum mindesten nicht geeignet ist, das Interesse der gesamten Gemeindemitglieder an den Gemeindeangelegenheiten zu verstärken und ich hoffe, daß das, was jetzt vielleicht auch mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit unterblieb, im Herbst nachgeholt werden wird.

Man kann natürlich verschiedener Meinung über die Zweckmäßigkeit eines Kompromisses an sich sein, wenn man nicht etwa findet, daß die ganze Gemeindewahl eine unwichtige Angelegenheit sei — und die Parteien, deren Vertreter die Gemeindegeschäfte führen, finden das doch sicherlich nicht — dann wird es an sich immer erwünscht sein, daß die Parteien nach Ablauf einer Wahlperiode sich in einem Wahlkampf treffen, ihre grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auseinandersetzen, um den Gemeindemitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Verantwortung an den Gemeindegeschäften durch die Wahl zu betätigen. Es ist für die Gemeindeentwicklung nicht ohne Gefahr, wenn etwa die bequemere Methode des Kompromisses zur Übung werden sollte, der frischere Zug, der gegen über den früheren Jahren gerade die letzte Wahlperiode in der Gemeindestube auszeichnete, würde damit bald verloren gehen. Es müßte möglich sein, solche Wahlkämpfe sachlich und ohne Gehässigkeit, von großen Gesichtspunkten geleitet, durchzuführen und damit Bedenken über die Wirkung

solcher Wahlkämpfe gegenstandslos zu machen. Wenn man allerdings die Leistungen des Central-Vereins bei den Wahlen zum preußischen Gemeindeverband bedenkt, dann wären alle Befürchtungen im höchsten Grade berechtigt, andererseits kann gerade der heftig aber sachlich geführte Gemeindewahlkampf in München im Jahre 1920 als ein Gegenbeispiel angeführt werden.

Die in München lebenden Ostjuden haben, soweit mir bekannt ist, an dem Kompromiß nicht teilgenommen und es ist dies nur zu begreiflich, sie sind in der jüdischen Gemeinde immer noch nicht gleichberechtigte Mitglieder, sie werden doch immer noch als Fremde minderen Rechts behandelt. Gerade die jüdische Gemeinde und die Parteien, die sie verwalten, müssen wissen, daß die Verweigerung der Einbürgerung durch Staat und Stadt alten antisemitischen Tendenzen entspringt und wenn die Gemeinde Juden, die seit Jahrzehnten hier ansässig sind, lediglich aus dem Grunde, weil ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft vorenthalten wird, ebenfalls die Gleichberechtigung verweigert, so ist das zumindest in der Wirkung eine Konzession an eben jene antisemitischen Tendenzen und muß die durchwegs seit Jahrzehnten hier ansässigen Ostjuden aufs schwerste kränken. Aus diesem Grunde scheint es mir auch außerordentlich richtig, daß dieselben darauf verzichtet haben, etwa durch Wahl solcher Personen aus ihrem Kreise, die zufällig eingebürgert sind, sich in der Gemeindeverwaltung vertreten zu lassen, daß sie vielmehr in der Gemeindeverwaltung nur ohne Umwege auf Grund der Gleichberechtigung mitwirken wollen. Es ist — ich weiß nicht ob für die Parteien, die die Gleichberechtigung verweigern, oder für die Betroffenen in höherem Grade — beschämend, daß dieser Unterschied überhaupt noch gemacht werden kann und gerade wenn die Parteien, die glauben, die Verweigerung aufrecht erhalten zu können, die Gründe ihrer extremen Anhänger nennen, dann sind es — gelinde gesagt — deutliche Konzessionen an den Antisemitismus, eine erstaunliche Verkennung der Tatsache, daß die Antisemiten im Wesentlichen keine Unterschiede machen und alle Juden gleichmäßig mit ihrem Haß bedenken. Im ganzen Deutschen Reich, mit geringfügigen Ausnahmen, haben die jüdischen Gemeinden es längst aufgegeben, zwischen Juden verschiedener Herkunft Unterschiede zu machen, die ja auch als absurd bezeichnet werden müssen. In der jüdischen Gemeindestube handelt es sich um jüdische Dinge u. wer wird denn da behaupten wollen, daß in jüdischen Angelegenheiten der Ostjude minder interessiert wäre, als etwa solche liberalen Juden, die sich in die Gemeindeverwaltung wählen lassen und an ihren Aufgaben überhaupt keinen Anteil genommen haben. Kaum jemand wird bestreiten, daß etwas derartiges bei den Ostjuden nicht möglich wäre und daß Interesse und Kenntnis die Ostjuden mindestens in gleichem Maße berechtigt und befähigt, an den Angelegenheiten der jüdischen Gemeinde mitzuwirken, wie alle anderen Juden. Es ist von Seiten der Ostjuden davon abgesehen worden, etwa von sich aus einen Wahlkampf zu veranstalten, weil erwartet wird, daß die bestehende schreiende Ungerechtigkeit von der neuen Gemeindeverwaltung nunmehr rasch beseitigt wird. Jakob Reich.

Jüdisch-Polnische Verhandlungen

Das Problem der polnischen Judenheit ist eines der Hauptprobleme des gesamten Weltjudentums; denn Polen ist gegenwärtig ein Hauptland jüdischer Massensiedlung und spielt die gleiche Rolle innerhalb der Weltjudenheit wie einst das zaristische Rußland. Nach den neuesten Statistiken leben in Polen über 3 Millionen Juden, und da sie in sehr vielen Städten und Städtchen einen hohen Prozentsatz der Bevölkerung bilden oder sogar die Mehrheit der Einwohner darstellen, führen sie eine eigenartige nationale Existenz, welcher jüdische Lebensform Selbstverständlichkeit ist. Die polnischen Juden verfügen in kultureller Hinsicht über eine große Zahl eigener, die großen Massen umfassender Institutionen, sie sind im hohen Grade Träger jüdischer Überlieferung und jüdischen Wissens, sie repräsentieren am vollkommensten den Typus des nichtassimilierten Juden — und darum liegt in der polnischen Judenheit eine besonders zu wertende Quelle aufgespeicherter jüdischer Volksenergie. Das Schicksal der polnischen Judenheit verdient deswegen das besondere Interesse der Juden der ganzen Welt.

Die polnischen Juden haben aus den Ereignissen der letzten Kriegsjahre sehr viel gelernt und lehnten es ab, im Interesse des Staatsvolkes sich zu Werkzeugen der Unterdrückung der anderen nationalen Minderheiten degradieren zu lassen. Es war nicht nur das Bewußtsein der eigenen nationalen Art, die die Juden zu dem unbedingten Bekenntnis ihres Judentums zwang, sondern auch die Erfahrung, daß sich der Zorn der mit Hilfe des jüdischen Werkzeuges unterdrückten nationalen Minoritäten gegen das Herrenvolk zuerst und in nachdrücklichster Weise gegen das Werkzeug, die Juden, kehrt. Die grauenhaften Erfahrungen aus der Zeit des Kosackenführers Chmielnicki sind im Bewußtsein der polnischen Judenheit noch lebendig, und deswegen verlangten die Juden, um nicht zwischen Hammer und Amboß zu geraten, die Stellung einer besonderen nationalen Minderheit. Dieser Grundsatz wurde während der Friedensverhandlungen in Paris anerkannt, und der Versailler Vertrag, der den neuen polnischen Staat konstituierte, sah die Zuerkennung von nationalen Minderheitsrechten auch an die jüdische Minorität in Polen vor.

Sechs Jahre sind seit dem Abschlusse des Versailler Vertrages verstrichen, und bis zum heutigen Tage hat Polen, trotzdem es seine Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt hatte, noch nichts getan, um diese auf dem Papiere garantierten Rechte in der Praxis durchzuführen. Im Gegenteil! Alle bisheri-

gen polnischen Regierungen haben mit unbeugsamer Rücksichtslosigkeit alles getan, um die Lage der jüdischen Minderheit in Polen zu erschweren und ihre Existenzmöglichkeit einzuengen. In kultureller Hinsicht finden die Bedürfnisse der Juden seitens des polnischen Staates nicht die geringste Unterstützung. In wirtschaftlicher Hinsicht ist die gesamte Gesetzgebung darauf gerichtet, die Juden aus allen seit jeher innegehabten wirtschaftlichen Stellungen zu verdrängen. Die Steuerpraxis ist dazu angetan, die jüdischen Industriellen und Kaufleute zu ruinieren. Gewerbeordnung und Finanzwirtschaft des Staates sind gegen die Juden gerichtet. Die gesamte Verwaltung, von den Ministerien bis zu den subalternsten Stellen, ist antisemitisch, und wehe dem Juden, der in Berührung mit den Organen des polnischen Staates kommt.

Diese Mißachtung der feierlich unterschriebenen Verträge, die Entrechtung der nationalen Minderheiten und insbesondere der Ausrottungskrieg gegen die Juden hatten schließlich dazu geführt, daß die politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens schwer erschüttert und das Vertrauen des Auslandes zum neuen polnischen Staate völlig geschwunden ist. Der polnische Staat bekommt im Auslande keine Anleihe. Überall werden den polnischen Vertretern die zahllosen Klagen entgegengehalten, die aus den Kreisen der unterdrückten Minderheiten in Polen ins Ausland dringen. Unter dem Druck seiner finanziellen Not und der öffentlichen Meinung der Welt sah sich die polnische Regierung gezwungen, so zu tun, als ob sie ihren bisherigen Kurs gegenüber den Juden verlassen wollte. Sie lud die jüdischen Abgeordneten des polnischen Sejms zu Besprechungen ein, um mit ihnen über die jüdischen Forderungen zu verhandeln. Sie verschrieb sich aus London den Generalsekretär des Board of Deputies, Herrn Lucien Wolf, damit dieser im Auslande Zeugenschaft ablegen könne, daß die polnische Regierung willig sei, den Forderungen der polnischen Judenheit entgegenzukommen. Immer betonte aber die polnische Regierung, daß sie zunächst unbedingtes Gewicht auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen mit den Juden legen müsse. Diese Methode ruft natürlich bei einem großen Teile der polnischen Judenheit angesichts der bisher gemachten Erfahrungen das größte Mißtrauen hervor. Einer der bekanntesten Führer der polnischen Judenheit, der Abg. Grünbaum, lehnte es ab, vertrauliche Verhandlungen mit der Regierung zu führen und trat aus dem jüdischen Sejm-Klub aus. Während die Verhandlungen vor sich gingen, machte der polnische Sejm durch Annahme einer Verordnung 35 000 jüdische Familien brotlos, indem er ihnen die Konzessionen für den Verkauf von Monopolartikeln ohne die geringste Entschädigung entzog. Der Obmann des jüdischen Sejm-Klubs, Dr. Leon Reich, legte unter dem Eindruck dieses Beschlusses seine Stelle als Obmann des Klubs nieder und zog seine Demission erst dann zurück, als ihm Klub und zionistischer Oberrat neuerdings das Vertrauen aussprachen und ihn bevollmächtigten, die Verhandlungen mit der Regierung fortzusetzen.

Die jüdischen Abgeordneten haben in der letzten Woche der polnischen Regierung ihre Forderung in einem Memorandum dargelegt. Jetzt ist die Gelegenheit für die polnische Regierung gekommen, zu zeigen, ob es ihr wirklich ernst darum zu tun ist, ihr Versprechen einzuhalten. Leider deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die polnische Regierung wiederum versuchen wird, die Juden hinzuhalten, die ganze Frage zu verschleppen und den Kurs ihrer bisherigen Ausrottungspolitik gegen die Juden beizubehalten. M. W.

„Gottesstürmer“

Wir bringen im Folgenden die interessanten Ausführungen eines ausgezeichneten Kenners Räte-Rußlands, Dr. J. Schechtmann, die wir der Wiener „Brücke“ entnehmen.

I.

In dem Kampfe der russischen Kommunisten gegen Gott und die Religion liegt doch — bei aller Entsetzlichkeit ihrer Methoden — etwas Großartiges, Tragisches, Grandios-Wahnsinniges; in einem Lande, das von tiefer Religiosität durchdrungen, mit Kirchen dicht besät ist, unter einer Bevölkerung, die in dem Klerus, den Kirchen, den Heiligenbildern die Verkörperung Gottes auf Erden zu sehen gewohnt ist, — bei solchen Bedingungen dem Herrgott, den Heiligen, der Religion, den Priestern einen offenen Kampf erklären, den Himmel stürmen zu wollen — das bedeutet viel Mut, viel Glauben an eigene Kraft, Wahrheit und Recht.

Die russischen Kommunisten haben diesen Kampf gewagt. Sie wußten zu gut, was sie da unternehmen. Sie wußten, daß die Religion tief in der Volksseele wurzelt, daß der organisierte orthodoxe Klerus eine riesige Macht über die Seelen und die

Vernunft der Massen besitzt und daß sie ein gewagtes Spiel spielen. Und doch haben sie diesen Wurf getan. Haben alle Werte in den Kirchen konfisziert, eine Anzahl von Kirchen beschlagnahmt, das Oberhaupt der orthodoxen Kirche, den Patriarchen Tichon, arretiert, entthront und dem Gerichte übergeben, viele Geistliche wegen ihres Widerstandes gegen bolschewistische Maßnahmen füsiliert.

Das war wahnsinnig und verbrecherisch. Aber diesem verbrecherischen Wahnsinn wohnte wenigstens ein Zug düsterer Größe, wirklichen Wagemuts inne. Die russischen Kommunisten haben den Krieg einem Gott erklärt, dessen Diener auf Erden einen realen und nicht ungefährlichen Widerstand leisten können. Und als die russischen Kommunisten den Sturm gegen Gott begonnen haben, — war das ein wirklicher, nicht ein Theatersturm. Es war ein wahrhaftiger Kampf, auf beiden Seiten mit realen Kräften geführt, von Menschenopfern in den beiden Lagern begleitet. Diesem Kampfe konnte man nicht eine eigenartige, grausame, tragische Größe absprechen.

Wie alles auf der jüdischen Gasse, — so entartete auch diese Tragödie bei uns zu einer quälenden kläglichen Posse. Unsere dem Ghetto entwachsenen „Gottesstürmer" aus der jüdischen Sektion der kommunistischen Partei („Jewsektia") stürmten ihrerseits auch unbeholfen und talentlos gegen den jüdischen Gott, im voraus wissend, daß sie keinen realen Widerstand hier auf Erden zu befürchten haben, daß die geknechteten und niedergeschlagenen jüdischen Massen keinen bewaffneten Aufstand wagen werden, daß sie ungestraft die besten Gefühle dieser Massen verhöhnen dürfen. Das, was sich in dem allrussichen Leben zu einer erschütternden, von einem tiefen innerlichen Pathos erfüllten Epopöe eines gewaltigen Zusammenstoßes zwischen einer vielhundertjährigen religiösen Tradition und dem sozialistischen Atheismus gestaltete, ist bei uns zu einer abscheuerregenden Grimasse, zu einer kleinstädtischen „Revolte" eines Häufleins geriebener „Jeschiwa-Bochurim" gegen den auf Erden machtlosen jüdischen Gott und sein Ritual verzerrt worden. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist immer bloß ein Schritt. Die jüdischen Kommunisten haben auf diesem Wege nicht einen Schritt, sondern viele, viele Schritte getan...

II.

Sie sind eigentlich sehr wenig anspruchsvoll in ihren Bestrebungen und begnügen sich mit ganz kleinen „Eroberungen". Sie wissen gut, daß es eine schwere Aufgabe ist, den jüdischen Gott aus den Herzen der Erwachsenen zu verdrängen. Die „Obrigkeit" aber fordert schnelle und sichtbare „Erfolge". Und die „Gottesstürmer" beginnen mit den „Kleinen", mit den Kindern. Nicht einmal mit den Halberwachsenen, mit Jünglingen, sondern einfach mit Kindern. Die 10—12 Jahre alten Zöglinge von Talmud-Thora's, von Kinderheimen, Kinderasylen werden zu Versammlungen, Konferenzen, Tagungen zusammengejagt und votieren fertige, rechtzeitig von der dirigierenden Hand verfaßte Resolutionen „gegen Gott". Das ist keine Anekdote, kein böser Scherz. In Moskau erscheint in russischer Sprache eine spezielle Zeitschrift „Besboschnik" („Gottloser"), die vollständig dem Kampfe gegen die Religion gewidmet ist. Und in diesem offiziellen Bolschewistenblatt finden wir eine Reihe von Mitteilungen dieser Art. In den Nummern 15 und 25 finden wir Mitteilungen, daß in Moskau die Zöglinge einer Reihe von Kinderheimen eine Resolution angenommen haben, in der unter anderem gesagt wird: „es existiert kein Gott und es dürfen auch keine Synagogen bestehen; diese müssen für kulturelle Zwecke verwendet werden". In Nowosibkow (Gouvernement Tschernigow) ist eine Konferenz von 400 Kindern einberufen worden, die ähnliche „Beschlüsse" gefaßt hat. In Winnitza (Gouvernement Podolien) wurde die ganze antireligiöse Kampagne ausschließlich unter der unreifen Jugend geführt. In diesem Milieu ist es selbstverständlich viel leichter, billige Lorbeeren zu ernten, indem man einen Kinderfeldzug gegen Gott in die Wege leitet...

Aber Gott selbst thront zu hoch, als daß ihn die Sturmkolonnen der „Jewsektia" erreichen könnten. Man ist darum gezwungen, sich an den irdischen Attributen der Gottheit — an Sabbat, Feiertage, Bibel, hebräischer Sprache, Synagogen, Rabbiner, Chedorim, Melamdim — schadlos zu halten. Nach dieser Richtung arbeitet die „Jewsektia" mit einem rührenden Eifer.

Der Hauptkampf gilt dem S a b b a t. Der ist den jüdischen Kommunisten am unbequemsten. Einerseits zwar kann man gegen ihn nichts einwenden: „sechs Tage arbeite und am siebenten — ruhe! — das ist doch höchst demokratisch. Andererseits aber ist der Sabbat doch — Religion: nicht nur ein Ruhetag, sondern auch ein Festtag. Der Sabbat trägt einen Stempel der Heiligkeit, den die „Diener Gottes" ihm aufgeprägt haben. „Anstatt ein Ruhetag zu sein, ist er zu einem Tage der religiösen Zeremonien geworden", — schreibt empört der kommunistische „Emes". Und proklamiert einen Feldzug gegen den Sabbat. Ruhen muß man, das ist selbstverständlich, — aber nur nicht am Sabbat!...

Wann aber sonst? Hier beginnt der Zwiespalt in der Seele der „Jewsektia". Die einen sagen: Sonntag.

Das ist der Ruhetag für alle Arbeiter der Sowjetunion. Und die Juden, aus proletarischem Solidaritätsgefühl, müssen den Sonntag feiern. Die anderen erwidern aber: auch der Sonntag ist kein proletarischer und kein allbürgerlicher, sondern ein religiöser Feiertag. Welcher Sinn liegt dann in dem Tausch?

Die einen wie die anderen glauben sich im Rechte. Und in der Praxis kommt etwas wirklich Paradoxes heraus: in Kamenetz-Podolsk, Orscha, Gomel, Witebsk haben die Lehrer der Sowjetschulen beschlossen, den Sabbat gegen den S o n n t a g einzutauschen. Die Arbeiter in Odessa und Kiew haben beschlossen, nicht am Sabbat und nicht am Sonntag, sondern am M o n t a g zu ruhen. Und die jüdischen Arbeiter in Poltawa haben gar den M i t t w o c h zum Ruhetag erkoren . . . Der jewsektische „Emes" bemüht sich vergebens, aus diesem Labyrinth herauszuführen, indem er seine Leute daran erinnert, daß „der Ruhetag, um Schwierigkeiten in der Produktion und im Konsum zu vermeiden, ein einheitlicher

für das gesamte Sowjet-Rußland sein muß, für alle seine Arbeiter und alle seine Völker".

III.

Viel einfacher ist es mit den Feiertagen. Hier ist die Sache sonnenklar: die Feiertage sind von der jüdischen Bourgeoisie in ihrem Klasseninteresse ersonnen worden. Und gegen die Feiertage wird ein unerbittlicher Feldzug geführt. Am Versöhnungstage („Jom-Kippur) werden Festmahle und Tanzabende veranstaltet, am Pessach — „chomezdige" Abendessen. Die kommunistische Jugend wird für jede Beteiligung an den Festgebräuchen auf das strengste verfolgt. In Winnitza ist gegen einige junge Arbeiter ein spezielles Gericht abgehalten wo n, weil sie an einem „Seder" teilgenommen n. In derselben Stadt hat man öffentlich, in A. wesenheit eines zahlreichen christlichen Publikums, einige jüdische Kommunisten „gerichtet", die schon ein ganz großes Verbrechen begangen hatten: sie haben am Pessach neue Kleider angezogen . . . Und in Witebsk wurden 20 Kommunisten wegen eines noch eigenartigeren Vergehens vor ein Parteigericht gestellt: sie haben bei sich zu Hause Mazzoth backen helfen . . .

Sehr wenig Umstände machen die jewsektischen „Gottesstürmer" mit den Synagogen. Ihr Schicksal ist besiegelt. In Charkow hat eine Versammlung von 1500 Studenten der Arbeiteruniversität ohne weiteres beschlossen, alle jüdischen Bethäuser zu requirieren. In Moskau hat eine Versammlung von Arbeitern der 26. Fabrik in heller Empörung konstatiert, daß „der jüdische Klerikalismus, der aus Minsk vertrieben wurde, nach Moskau übersiedelt ist", sodaß man in den letzten „jomim noroim" (Hohe Feiertage) für einen „Maftir" bis zu 10 Milliarden gezahlt hat; man müsse darum die Chorsynagoge, „den Herd des Klerikalismus", der jüdischen Gemeinde fortnehmen. Dieses Attentat auf die älteste Synagoge Moskaus ist zwar mißlungen. In Tschernigow und Winnitza haben die lokalen Sowjets den „Arbeitern" die Hauptsynagogen bereits übergeben. In Homel hat der Sowjet beschlossen, „infolge der herrschenden Wohnungsnot" ein Drittel aller Kirchen und Synagogen zu schließen und die Gebäude „allgemeinnützlichen Zwecken" zu übergeben. Auf Grund dieses Beschlusses sind 31 Synagogen und Kirchen geschlossen worden. In Odessa ist die schöne historische „Broder"-Synagoge in einen Arbeiterklub verwandelt worden. In allen Städten des Kaukasus sind je eine Synagoge beschlagnahmt worden. Der jüdische Gott wird aus allen seinen Festungen verdrängt.

Von den Synagogen bis zu den Rabbinern ist ein Schritt. Die Synagogen werden geschlossen und die Rabbiner, diese „Statthalter Gottes auf Erden" — nach der Terminologie der „Jewsektia" — werden eingesperrt; da man doch den Herrgott selbst nicht einsperren kann . . . Verhaftungen werden unter verschiedensten Vorwänden vorgenommen. Der Rabbiner Barischansky brachte 7 Monate im Gefängnis zu, weil er auf einer sogenannten „unparteiischen Arbeiterkonferenz" gegen den antireligiösen Feldzug der „Jewsektia" auftrat. Der Rabbiner Schneersohn in Homel wurde verhaftet wegen einer „ungesetzlichen Ausübung von Gerichtsfunktionen", er hat an einem religiösen Gericht („Din-Thora") teilgenommen. Der Rabbiner von Petrograd, Dr. Eisenstadt, wurde seinerzeit wegen einer „Verletzung des Gesetzes über Trennung von Staat und Kirche" verhaftet usw.

Daß die Bibel, die hebräische Sprache, der Cheder verfolgt werden, — weiß jeder. Das alles hat ja mit Gott zu tun. Gott aber ist der Feind. Man kann ihn ungestört, mit allen Mitteln der Staatsmacht, bekämpfen. Dieser klägliche, wahnsinnige, unnütze Kampf, diese schändliche Parodie auf's „Gottesstürmertum", geht unaufhörlich vor sich. Die niedergeschlagene, ausgehungerte, machtlose jüdische Masse erleidet geduldig alles, — nur selten und vereinzelt (Krementschug, Charkow) brach mit elementarer Gewalt die Empörung aus. Und der jewsektische „Ham" „bekämpft Gott", bestürmt den Himmel, — unter dem Schutze der „roten Bajonette". Ein grauenvoll abscheuliches Bild . . . Dr. J. Schechtmann.

Joint-Tätigkeit n Rußland

400 000 Rubel des Agro-Joint. Der wirtschaftliche Ruin der russischen Judenheit. — 80 Prozent Auswanderungswillige — Innenkolonisation die einzige Rettung.

Der gegenwärtig in Rußland weilende europäische Direktor des Joint Distribution Committee, Dr. Bernhard Kahn, hielt am 4. Juni eine Beratung mit Vertretern verschiedener Gruppen der Moskauer Judenheit ab, der auch Dr. Joseph Rosen beiwohnte. Erörtert wurden die Fragen der neuen jüdischen landwirtschaftlichen Kolonisation, die Methoden der Finanzhilfe für diejenigen Schichten, die sich der Landwirtschaft nicht widmen können, und andere finanzielle und soziale Fragen. Einstimmig kam zum Ausdruck, daß der jüdischen Kolonisationsbewegung in Rußland eine große historische Bedeutung beizumessen sei, wobei aber nicht vergessen werden dürfe, daß weite Schichten der jüdischen Bevölkerung in Rußland, die sich der Landwirtschaft nicht widmen können, in schwerer Not sind und der Unterstützung bedürfen. Nach Schluß des Meinungsaustauschs informierten die Herren Dr. Kahn und Dr. Rosen die Anwesenden dahin, daß das Joint Distribution Committee, das sich nun der Förderung der jüdischen Kolonisationsbewegung widmen will, die Hilfsarbeit auf anderen Gebieten keineswegs vernachlässigen werde. So z. B. beabsichtigt Joint, im Kontakt mit verschiedenen lokalen Organisationen eine Aktion für die jüdischen Handwerker in die Wege zu leiten. Dieselben sollen mit Werkzeugen, Rohstoffen usw. versorgt werden. Ebenso wird Joint die medizinische und sanitäre Hilfstätigkeit der Gesellschaft „OSE" weiter finanzieren. Joint wird auch das Kinderhilfswerk in die Wege leiten und — wenn im Zusammenhang mit der neuen Wirtschaftspolitik der Sowjet-Union die Lage der Kleinhändler aussichtsreicher werden wird — eine Darlehensaktion auf kooperativer Grundlage organisieren, um den Kleinhändlern zu ermöglichen, ihre Geschäfte weiterzuführen. Die beiden Jointdirektoren erklärten zum Schluß, daß die vom Joint Distribution Committee gesammelten Fonds zwar für Aufbau- und Hilfsarbeit in vielen

Ländern, wahrscheinlich auch in Palästina, bestimmt seien, daß aber der größte Teil dieser Fonds der Arbeit in Rußland, wo die Not am größten ist, verwendet werden würden.

New York (J.T.A.). Der dieser Tage von seiner Reise durch Palästina und Rußland nach New York zurückgekehrte Philantrop Mr. David A. Brown gab dem J.T.A.-Vertreter eine Schilderung der Wirtschaftslage der russischen Judenheit, die er als trostlos bezeichnete. Da eine Auswanderung wegen der Sperre der Immigrationsländer unmöglich ist, bleibt als einzige Rettung die innere Kolonisation. Mr. Brown sagte, er übernehme mit Freude die ihm vom Joint Distribution Committee übertragene Aufgabe, die Kampagne für die in den nächsten drei Jahren aufzubringenden fünfzehn Millionen Dollar für die jüdische Kolonisation in Rußland zu leiten. Mr. Brown schildert voll Enthusiasmus das Leben der neuen jüdischen Siedler in Rußland und führt aus: Man muß selber in Rußland geweilt haben, um die tiefe Bedeutung der Kolonisationsbewegung unter der russischen Judenheit würdigen zu können. Mag sich die allgemeine Lage in Rußland gebessert haben, Tatsache ist, daß die Mehrheit der Juden in Rußland hoffnungslos ruiniert ist. Für die jüdischen Stadtbewohner besteht keine Aussicht, je ihre wirtschaftliche Position wieder zu erlangen. Der freie Handel ist und bleibt behindert. Einzig die innere Kolonisation kann das wirtschaftliche Problem der russischen Judenheit lösen. Wenn auch nur ein Teil der jüdischen Stadtbewohner aufs Land zieht, so wird sich die Lage der Zurückgebliebenen verbessern. In Rußland blickt man voll Hoffnung auf die Arbeit des Joint Distribution Committee, mit dessen Hilfe die ersten 4000 jüdischen Familien bereits auf dem Lande angesiedelt worden sind. Es liegen aber Gesuche von weiteren 25 000 Familien vor, man schätzt, daß bis Ende dieses Jahres sogar 100 000 jüdische Familien in die Gesuchslisten eingetragen sein werden. Die amerikanische Judenheit wird den Hauptanteil der Kosten für die Ansiedlung dieser 100 000 Familien auf sich nehmen müssen. Die russische Regierung fördert die Bewegung für die Landansiedlung durch Zuteilung von Boden, jedoch die nötigen Fonds müssen in Amerika gesammelt werden. Unbegründet ist die Furcht, daß diese Kolonisationsarbeit eine antisemitische Bewegung unter der russischen Bauernschaft hervorrufen könnte. Die jüdischen Siedler leben im besten Einvernehmen mit ihren russischen Nachbarn. Joint hat in Rußland, wo es nötig war, auch russische Bauern unterstützt, die in der Nachbarschaft jüdischer Siedlungen leben. Sollten die Tore Palästinas offen stehen, sagte Mr. Brown, so würden zweifellos 80% der jüdischen Bevölkerung Sowjet-Rußlands nach Palästina gehen wollen. Die russische Regierung wird einer Palästina-Wanderung nicht im Wege stehen. Leider kann Palästina diese Masse heute noch nicht aufnehmen. Ich habe zuletzt in Paris mit dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation Dr. Weizmann das russische Judenproblem diskutiert. Dr. Weizmann versprach, das mögliche zu tun, um einer Judenwanderung aus Rußland nach Palästina die Wege zu ebnen.

Herr Brown schloß: Was ich in Palästina gesehen habe, hat mich überwältigt. Es waren beglückende Eindrücke und Erlebnisse. Abgesehen von Palästina ist aber für die amerikanische Judenheit das dringendste Problem, den Juden in Rußland zu helfen. Meine Tätigkeit für die Joint-Kampagne wird meine Arbeit für den Keren Hajessod und die anderen zionistischen Institutionen nicht vermindern. Mitte Juni gehe ich an die Arbeit.

Der Fetisch der Substanz

Nachstehende Betrachtungen zum Zusammenbruch Stinnes entnehmen wir der „Wiener Morgen-Zeitung“:

Als Hugo Stinnes auf der Höhe seiner Macht stand, wurde von den deutschen Antisemiten mit Vorliebe auf seine spezifische wirtschaftliche Betätigung verwiesen. Sie betonen, daß Stinnes förmlich den arischen Gedanken des Strebens nach der Materie verkörpere. Er habe nur nach der Substanz gestrebt und deswegen, weil er ein bodenständiges Industrieunternehmen nach dem anderen seinem Wirtschaftsgebilde angekoppelt, deswegen, weil er sich von finanziellen Kombinationen ferngehalten habe, deswegen sei sein Konzerngebilde von bleibendem Wert. Es waren Gedanken, die in gewisser Hinsicht auf den Fanatiker Ford zurückzuführen sind, der doch ebenfalls dem Antisemitismus ungeheure Mengen von Rüstzeug geliefert hat. Stinnes war nach Ansicht der Hakenkreuzler derjenige, der seine enge Verbindung mit der Scholle in der Produktion zum Ausdruck bringe. Sie hoben dies besonders hervor, um den Gegensatz gegenüber der jüdischen Wirtschaft hervorzuheben, die sich angeblich mehr auf das Finanzielle verlege, bei der die Substanz nur eine untergeordnete Rolle spiele und nur der Profit auf Grund der kommerziellen Kombinationen die Hauptsache sei. Es soll hier nicht betont werden, daß diese antisemitische Behauptung vollkommen falsch ist, daß jüdische Mentalität den Wert der Substanz sehr hoch zu schätzen weiß. Gerade das Beispiel des von den Hakenkreuzlern so stark angefeindeten Rathenau zeigt dies, dessen Vater das gewaltige, fest fundierte Gebäude eines ungeheuren Elektrizitätsgebildes geschaffen und der sich selbst in seiner wirtschaftlich-praktischen Betätigung fern von jeder Ideologie hielt und der Materie jederzeit die ihr gebührende Rolle einräumte. Doch die Antisemiten wollten damit in erster Reihe auf gewisse jüdische Finanzgrößen hetzen, deren Wurzeln in der Finanz fest verankert sind. Sie haben auf den „jüdischen Kapitalismus“ hingewiesen, der angeblich mehr in der Erfassung des Kapitals und in seiner finanziellen Verwertung als in der wahrhaften Produktion seine Aufgabe sehe.

Für sie war Hugo Stinnes das Symbol, das im Gegensatz dazu nur in der Substanz wurzelte. Stinnes selbst war von der Richtigkeit dieser Lobhudeleien auf seine Taktik so überzeugt, ja förmlich durchdrungen, daß er in diesem Sinne fortwirkte und, statt die Gesetze der Finanz genau zu beobachten, statt den finanziellen Untergrund seiner Unternehmungen ernstlich zu prüfen und ihre finanzielle Konzeption zu erfassen, immer nur wahllos die Substanz häufte. Er hat wohl im Verlaufe seiner Aktionen zu einzelnen Banken Beziehungen angeknüpft, doch hat er die wirklichen Potenzen der deutschen Finanz links liegen lassen. Er hat sich nur kleine Banken botmäßig gemacht und dies nur deswegen, damit sie ihm förmlich zu seinem Substanzgebilde den Zucker lieferten. Als substantielle Fundamente hat er sie nie betrachtet. Man könnte Stinnes als den „Fanatiker der Substanz“ ansehen, wie er gerade von der modernen wirtschafts-antisemitischen Theorie gepredigt wird.

Als eine Reihe jüdischer Inflationsgrößen in Österreich und Deutschland zusammengebrochen waren, wurde von der antisemitischen Richtung immer wieder betont, daß dies einem Stinnes, trotzdem er ebenfalls in der Zeit der Inflation seine Gebilde zum Großteil geschaffen hatte, unmöglich passieren könne. Es wurde erklärt, dies sei schon deswegen ausgeschlossen, weil der Konzern Stinnes allzu viel mit der Materie verknüpft sei und nichts mit dem labilen Einfluß der jüdischen Finanzen gemein habe.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gerade dargelegt, daß auch diese Taktik eine vollkommen verfehlte war. Der Fetisch der Substanz konnte gegenüber den anstürmenden Ereignissen nicht standhalten. Er ist zusammengebrochen, viel rascher und viel gründlicher, als es bei den sogenannten jüdisch-finanziellen Inflationsgründungen der Fall war. Dadurch, daß Stinnes allzusehr an der Substanz gehängt, daß er nie ihre Liquidierung in Betracht gezogen hat, daß er ihre Durchflutung mit dem finanziellen Blute des Kapitals absichtlich oder aus Leichtsinn vermieden hatte, dadurch, daß seine Nachfolger diese Handlungsweise des verstorbenen Stinnes direkt sklavisch als Axiom befolgten, ist es zu diesem furchtbaren Eklat gekommen. Für Stinnes bedeutete der Aufkauf eines Kohlenbergwerks den Besitz von Kohle. Er bedachte nicht, daß für die Nutzbarmachung dieser Kohle Kapital und Arbeit notwendig sei, die tatsächlich nur durch das Mittel der Finanz in der Form des Betriebskapitals Kohle herbeigeschafft werden könne. Die beiden Faktoren der Produktion schaffen aus der Substanz das gebrauchs- und verwertungsreife Gut. Es ist dies ein elementarer Grundsatz der Nationalökonomie, der so alt ist, wie die Wirtschaft selbst, den aber Stinnes immer außer acht gelassen hat. Dies wurde ihm von den Antisemiten zum Vorteil angerechnet, in der Wirklichkeit aber gereichte es ihm zum Verderben.

Stinnes zog aus, um die Finanz zu verderben. Nicht deswegen, weil er sie als Finanz verachtete, tat er dies, sondern weil sich in ihm der antisemitische Gedanke der Unterjochung der jüdischen Finanz regte. Zu diesem Zwecke hat er zwar nicht gescheut, mit dem kleinen rumän. Juden Cyprut anzuknüpfen, um sich durch dessen Hilfe ein großes Aktienpaket der Fürstenbergschen Handelsbank anzueignen. Der jüdischen finanziellen Berater Goldschmid und Salomonsohn hat er dabei nicht entraten. Doch waren auch sie ihm nur Mittel zum Zweck. Für ihn war der Kampf gegen die Finanz förmlich Leidenschaft, wie auch der Kampf der Hakenkreuzler gegen die Juden in Deutschland, die er mit seinem Gelde mehr als reichlich unterstützte. In seinem Größenwahn, bar jeder Kenntnis der Zusammenhänge der Wirtschaft, hat er sich einmal zu dem Ausdruck vermessen, daß der Bankier dem Industriellen als dem Repräsentanten der Substanz die Akten und die Geldmappe nachzutragen habe. Mit diesen Worten hat er den Fetischismus der Substanz kraß zum Ausdruck gebracht. Die Vorgänge der letzten Zeit haben es gezeigt, wie unvernünftig Stinnes dabei gehandelt hat. Er hat nicht den Juden und nicht der Finanz geschadet. Er hat etwas anderes zur Strecke gebracht, was für ihn und seine Familie einen viel schwereren Verlust bedeutet, nämlich sein eigenes Vermögen.

Dr. Michael Sussan.

Der Prozeß gegen die Berliner polizeilichen Pogromhelfer

Berlin (J.T.A.). Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I als Berufungsinstanz begann am 18. Juni der seit langer Zeit die Gerichte beschäftigende immer wieder vertagte Prozeß gegen die Schutzpolizeibeamten Domey, Marzinkewitz, Bunke und Polizeihauptmann Dubbe wegen fortgesetzter Körperverletzung und Beleidigung. Es handelte sich um die pogromartigen Ausschreitungen des Mobs am 5. November 1923 im Scheunenviertel. Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten hatten den Schutz der jüdischen Bevölkerung übernommen, wurden aber von der Schutzpolizei verhaftet, auf einem Lastautomobil in die Alexanderkaserne gebracht und dort beschimpft und schwer mißhandelt. Dem Zeugen Dr. Bernhardt wurden sogar durch einen Schlag mit dem Gewehrkolben die Knochen der rechten Hand zertrümmert. Einem der Zeugen wurde die Uhr entwendet. In der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte am 28. August 1924 wurden Hauptmann Dubbe und Wachtmeister Marzinkewitz freigesprochen, Domey zu drei Monaten Gefängnis und Bunke zu 200 Mk. verurteilt.

In der Berufungsverhandlung führte Landgerichtsdirektor Boettcher den Vorsitz, die Anklage vertrat Staatsanwalt Wasmund. Die als Zeugen einvernommenen Frontsoldaten schilderten eingehend die Vorgänge am 5. November 1923, während die Angeklagten ihre Mittäterschaft bestritten und die als Zeugen einvernommenen Polizeibeamten nicht zugeben wollten, etwas gesehen oder gehört zu haben. Das „Berliner Tageblatt" stellt fest, daß „dieser Mangel an Mut ein sehr bedenkliches Licht auf die Schutzpolizei wirft."

Das Urteil der Berufungskammer gegen die Polizeibeamten wurde erst am Samstag, spät abends, gesprochen. Verurteilt wurden: Schreiber und Bunke zu je sechs Monaten Gefängnis, Marzinkewitz zu drei Monaten Gefängnis. Diesen wurde die Befähigung zur Ausübung einer Amtstätigkeit für drei Jahre aberkannt. Domey erhielt eine Geldstrafe von 300 Mark zudiktiert, Hauptmann Dubbe wurde freigesprochen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund faßte das Ergebnis der Beweisaufnahme dahin zusammen, daß alle Angeklagten überführt seien, auch wenn 20 andere Polizeibeamte eidlich versichern, nichts gesehen zu haben. Er könne sich diese Aussagen nur als Suggestion erklären, sonst müsse er annehmen, daß hier ein Meineid nach dem anderen geleistet worden sei. Die Beamten seien angesteckt gewesen von dem Terror, der auf der Straße herrschte. Hauptmann Dubbes Äußerung: „Aufhängen müßte man die Judenbande, an die Wand stellen!" sei zweifellos erwiesen.

In der Urteilsbegründung fand der Vorsitzende Landgerichtsrat Boettcher scharfe Worte gegen die Verurteilten.

Die „Vossische Zeitung" schreibt: „Diejenigen, die für Geist und Tätigkeit der Schutzpolizei veranwortlich sind, obgleich sie im Gerichtssaal nicht zur Stelle waren, werden aber den Bericht über die Mißhandlung mit ganz besonderer Aufmerksamkeit in sich aufnehmen und ihre Folgerungen daraus zu ziehen haben."

Der als Zeuge vernommene Polizeimajor Rank hatte während einer Pause einem der jüdischen

Nebenkläger das antisemitische E h r h a r d t - L i e d provokatorisch ins Gesicht gesungen und gepfiffen. Vom Vorsitzenden zur Rede gestellt, mußte er die Tatsache zugeben, wollte sich aber dabei „nichts böses gedacht haben.“

Breslauer Beleidigungsprozeß

Beleidigung der deutschen Juden in ihrer Gesamtheit. — Ein völkischer Hetzer vor Gericht. — Ein Brief Ludendorffs über den Aufruf des Oberkommandos „An die Jidden in Paulen“.

B r e s l a u (J.T.A.). Das große Schöffengericht beim Amtsgericht Breslau verhandelt am 17. Juni einen Beleidigungsprozeß, den der Vorsitzende der Breslauer Zionistischen Vereinigung, Herr Rechtsanwalt J a c o b s o n gegen den Redakteur der „Schlesischen Volksstimme“ Dr. H e r r m a n n angestrengt hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte Anklage erhoben wegen B e l e i d i g u n g d e r d e u t s c h e n J u d e n i n i h r e r G e s a m t h e i t. Der Beleidigung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Rechtsanwalt Jacobson hatte in der „J ü d i s c h e n Z e i t u n g f ü r O s t d e u t s c h l a n d“ einen Artikel „Ostjuden in Deutschland“ geschrieben, in welchem u. a. die folgende Stelle vorkam: „Es ist kein edler Zug, wenn deutsche Juden dieselben Ostjuden von sich stoßen, die 1914/15 jüdische Soldaten des deutschen Heeres als jüdische Brüder empfangen und dabei ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.“ Unter Bezugnahme auf diesen Artikel veröffentlichte der Angeklagte in der „S c h l e s i s c h e n V o l k s s t i m m e“ einen Aufsatz mit der Überschrift „W i r J u d e n w a r e n L a n d e s v e r r ä t e r“, in welchem er die Juden als „vaterlandslose Gesellen“ bezeichnete und ausführte, es sei ein starkes Stück, sich in der Öffentlichkeit zu rühmen, daß schon 1914 von den Juden hüben und drüben gemeinster Landesverrat vor dem Feinde betrieben worden sei.“

Der Angeklagte suchte sich damit zu entschuldigen, daß er nur die Schlußfolgerungen aus der Darstellung Jacobsons gezogen habe. Die polnischen Juden, welche die jüdischen Soldaten freundlich empfangen hatten, hätten ebenso Landesverrat begangen, wie die deutschjüdischen Soldaten, die von ihnen Liebesgaben annahmen, sich als Deserteure von polnischen Juden verstecken liessen und ihnen militärische Geheimnisse Deutschlands verrieten. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor v. G a r n i e r, forderte den Angeklagten auf, für diese Behauptungen den Wahrheitsbeweis anzutreten. Der Angeklagte erklärte sich hierzu außerstande.

Der Angeklagte überreichte dem Gericht einen Brief, den ihm General L u d e n d o r f f zum Zwecke des Beweisverfahrens geschrieben hatte. Ludendorff erklärt, daß der bekannte Aufruf „An die Jidden in Paulen“ zwar erlassen worden sei, aber nur auf Betreiben des Feldrabbiners des Armeekommandos der 9. Armee; im übrigen habe weder er, General Ludendorff, noch irgend ein deutschblütiger Soldat irgendwelche Liebesdienste von polnischen Juden jemals angenommen.

Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt F ö r d e r, wies auf die vergiftende Wirkung solcher Artikel hin, die den inneren Frieden dauernd gefährden und das deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen lassen. Er bezeichnete den Inhalt des Briefes des Generals Ludendorff vom politischen Standpunkte aus als g e r a d e z u k i n d i s c h und erklärte, in der Lage zu sein, eine Menge Äußerungen von Offizieren und Mannschaften christlichen Glaubens vorlegen zu können, welche die freundliche Aufnahme deutscher Soldaten durch polnische Juden ausdrücklich bestätigen. Hieraus aber den Vorwurf des Landesverrates herzuleiten, sei nicht nur eine schwere Herabsetzung der jüdischen Gesamtheit, sondern eine schamlose Verleumdung. Er beantragte, über die vom Staatsanwalt gestellte Strafe von 150 Mark hinauszugehen und eine Freiheitsstrafe zu verhängen.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Vertreters des Nebenklägers an, sah nur mit Rücksicht auf die bisherige Straflosigkeit von einer Freiheitsstrafe ab, ging jedoch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte Dr. Herrmann zu 500.— M a r k G e l d s t r a f e.

Um das jüdische Frauenrecht in Palästina

Heiße Debatten in der Nationalversammlung. — Spaltung der Nationalversammlung u. Neuwahlen.

J e r u s a l e m (J.T.A.). Am 15. Juni wurde in Jerusalem die dritte Session der J ü d i s c h e n N a t i o n a l v e r s a m m l u n g (Assefat Haniwcharim) eröffnet. Der Vorsitzende verlas ein Begrüßungsschreiben des Oberkommissars Sir Herbert S a m u e l. Dr. T h o n erstattete Bericht über die Tätigkeit des Waad leumi, Colonel K i s c h berichtete über die politische Lage. Hierauf trat man in die Diskussion über die R e c h t e d e r F r a u e n, über die sich eine sehr erregte Debatte entspann, ein.

J e r u s a l e m (J.T.A.). Die Frage der Rechte der jüdischen Frauen in Palästina hat zu einer S p a l t u n g d e r N a t i o n a l v e r s a m m l u n g geführt. Die Redner der M a j o r i t ä t sprachen sich mit aller Entschiedenheit f ü r das Frauenrecht aus, die Vertreter des M i s r a c h i und der anderen o r t h o d o x e n Gruppen sprachen dagegen. Die Debatte wurde immer erregter. Die Vertreter des Misrachi, der orthodoxen Aschkenasim, der Yemeniten und der Mehrheit der Sephardim verließen den Sitzungssaal. Sie hielten noch an demselben Abend eine eigene Sitzung ab und proklamierten formell die Begründung einer unabhängigen Nationalversammlung der orthodoxen Juden.

Die Frage der Rechte der jüdischen Frauen in Palästina war lange Zeit Gegenstand scharfer Meinungsverschiedenheiten zwischen der orthodoxen und nichtorthodoxen Judenheit Palästinas. Die Vereinigung für die Gleichberechtigung der jüdischen Frau forderte, daß in Erbschaftsangelegenheiten die Frau dem Manne gleichgestellt und daß dem Rabbinat das Recht entzogen werde, in Erbschaftsangelegenheiten zu entscheiden. Die Rabbiner O s t r o f s k y u. A s s a f wollten das Erbrecht der Frau nur dann gelten lassen, wenn ein Vermächtnis des Erblassers zugunsten der Tochter vorhanden ist, andernfalls seien nur die Söhne erbberechtigt. Die Misrachisten forderten ihrerseits, es sollen bei den Behörden jüdische Vertretungen bestehen, die das Recht haben, Zivilehen und Zivil-Ehescheidungen für ungültig zu erklären.

J e r u s a l e m (J.T.A.). Die Misrachisten und anderen orthodoxen Gruppen der Assefat Haniwcharim, die während der Debatte über das Frauenrecht die Tagung der Nationalversammlung verließen und sich in einer Sondertagung zu einer

Nationalversammlung der unabhängigen orthodoxen Juden konstituierten, beschlossen, Wahlen für eine Nationalversammlung orthodoxer Juden abzuhalten. Die provisorische Nationalversammlung wählte aus ihren Reihen einen provisorischen Nationalrat (Waad leumi), der als das repräsentative Organ der orthodoxen Juden die Wahlen vorbereiten und leiten wird. Es wurde ferner beschlossen, zum 14. Zionistenkongreß, der am 18. August in Wien beginnt, eine eigene Abordnung zu entsenden, die die Forderungen der palästinensisch-orthodoxen Judenheit vertreten wird.

Jerusalem (J.T.A.). Die gegenwärtig in Jerusalem tagende Nationalversammlung der palästinensischen Juden (Assefat Haniwcharim) hat nach der Sezession der orthodoxen Abgeordneten das neue Wahlgesetz angenommen und beschlossen, die Neuwahlen zur Nationalversammlung noch vor dem 14. Zionistenkongreß stattfinden zu lassen.

Neue direkte Palästina-Linie

Von dem soeben aus Triest zurückkehrenden Leiter des Palästina-Amtes München, Herrn Paul Grünbaum, der anläßlich einer Reise zur Begleitung einer Gruppe von 40 Palästinafahrern nach Triest die Transport- und Fahrtverhältnisse auf den neuen Schiffen inspiziert hat, erhalten wir die folgenden Informationen:

Die neue direkte Linie Triest-Jaffa bezw. Haifa wurde mit dem Dampfer „Gianicolo" eröffnet. Der Dampfer hat am Donnerstag, den 18. Juni abends 6 Uhr mit 300 nur jüdischen Passagieren aus Polen, Österreich und Deutschland unter jüdischer Flagge und großem Jubel Triest verlassen. Alle Aufschriften des Schiffes sind in hebräischer Sprache.

Die Schiffe „Gianicolo" und „Carnolia" wurden laut Plan der Exekutive vom Lloyd Triestino umgebaut und zwar I. Klasse mit 40 Betten, II. Klasse mit 17 Betten und III. Klasse mit 308 Betten. Zwischendeck gibt es auf diesen Schiffen nicht.

Die III. Klasse besitzt Kabinen für Männer und Frauen mit 10—20 Betten; die weiteren Einrichtungen wie Speisesäle, Bäder etc. sind sehr modern und bequem, besonders ist für die Bequemlichkeit der Frauen gesorgt. Die Küche ist koscher und alle dort Beschäftigten sind ausschließlich Juden. Sie steht unter der Aufsicht der Rabbiner in Palästina, sowie Oberrabbiner Dr. Zoller in Triest. Rabbiner Gelnis aus Tel-Awiw hat sich zur Besichtigung der Küche nach Triest begeben und ist auf dem neuen Schiffe nach Palästina zurückgekehrt.

Die Preise der Klassen sind folgende:

I. Klasse £ 22.—, II. Klasse £ 15.—, III. Klasse £ 5.—; für Chaluzim Kateg. „E" £ 4.— und zwar inklus. Bett und Verpflegung.

Laut Vereinbarung mit dem Lloyd gelten obige Preise nur für die Palästina-Ämter; die Preise sind für nichtjüdische Passagiere höher. Der Fahrplan ist folgender:

Abfahrt jeden 2. Donnerstag. Ab Triest um 6 Uhr nachmittags; Ankunft Haifa 8 Uhr Donnerstag morgens; Abfahrt Haifa 11 Uhr nachts; Ankunft Jaffa 6 Uhr Donnerstag morgens.

Ab Oktober ds. Js. werden die Schiffe erst in Jaffa, dann in Haifa landen. Für unsere Emigration, insbesondere Chaluzim bedeutet diese neue Linie einen großen Fortschritt.

Wie ich aus den Verhandlungen in Triest entnehmen konnte, gibt uns der Loyd außerdem noch die Möglichkeit, daß Chaluzim auch mit dem Dampfer „Soria" für £ 1.— (jedoch ohne Bett und Verpflegung, also Zwischendeck) reisen können.

Ein großer Teil des Gelingens dieser günstigen Abmachungen ist auf die verdienstvolle Mitwirkung der Herren Fanno, Präsident des Triester Emigrationsbüros, sowie Dr. Germunsky, Leiter des Palästina-Amtes Triest, zurückzuführen.

Bei derartig günstigen Bedingungen ist es natürlich sehr empfehlenswert, daß die Palästinaemigration von ihnen den gebührenden Gebrauch macht.

Das Schiff Carnolia beginnt seine erste Fahrt am Donnerstag, 2. Juli.

Aus der jüdischen Welt

Eine Schenkung des preußischen Unterrichtsministeriums an die Jerusalemer Universität

Berlin. Wie der J.T.A. mitgeteilt wird, hat das preußische Unterrichtsministerium beschlossen, der hebräischen Universität in Jerusalem eine große Bücherschenkung zu übermitteln. Die Büchersammlung, die demnächst nach Jerusalem abgehen wird, enthält u. a. Handschriften-Kataloge der preußischen Staatsbibliothek, Titeldrucke, Universitäts- und Schulschriften, ferner Bibliotheksdoubletten und Dissertationen der preussischen Universitäten.

Die deutschen Mitglieder des Zentralkomitees für das Judaistische Institut

Berlin. (J.T.A.) In das Zentralkomitee des Judaistischen Instituts der Universität Jerusalem wurden aus Deutschland die folgenden Herren gewählt: Dr. Martin Buber, Rabbiner Dr. Baeck und Legationsrat Prof. Dr. Sobernheim als Mitglieder, Direktor der Staatsbibliothek Dr. Weil, Prof. Dr. Elbogen und Prof. Horowitz als Stellvertreter. Die Herren Prof. Sobernheim, Dr. Weil und Prof. Horowitz begeben sich dieser Tage nach London, um der am 22. und 23. Juni stattfindenden Tagung des Zentralkomitees beizuwohnen. Gegenstand dieser Tagung ist bekanntlich die Besetzung der Lehrstühle und die Schaffung neuer Lehrstühle des Instituts.

Max Liebermann weiterhin Präsident der Akademie der Künste

Berlin. (J.T.A.) Die Akademie der Künste hat bekanntlich vor einiger Zeit ihren Präsidenten Prof. Max Liebermann wiedergewählt, obwohl in den Statuten der Akademie vorgesehen ist, daß nach dreijähriger Amtsdauer eine Unterbrechung der Präsidentschaft eintreten muß. In der Rechtspresse wurde gegen diese angeblich statutenwidrige Wahl Protest erhoben. Nunmehr hat das preußische Staatsministerium die Wiederwahl Prof. Max Liebermanns zum Präsidenten der Akademie der Künste für das Jahr vom 1. Oktober 1925 bis zum 1. Oktober 1926 bestätigt und von der Anwendung des letzten Satzes des § 3 der Statuten der Akademie („jedoch in der Art, daß nach dreijähriger Amtsdauer eine Unterbrechung eintreten muß") abgesehen.

Einigung völkischer Gruppen in Bayern gegen Hitler.

München. (J.T.A.) In München hat dieser Tage eine vertrauliche Besprechung aller rechtsgerichteten Verbände Bayerns stattgefunden, an der die neugegründete völkische Partei, der

nationalsozialistische Volksbund, sowie der Heimat- und Königsbund teilgenommen haben. Das Ergebnis war die Gründung eines Ausschusses, der die Einigung aller völkischen Gruppen in Bayern vorbereiten soll. Die Arbeitsgemeinschaft richtet sich gegen Adolf Hitler. Auf eine völkische Anfrage erklärte Minister Stützel, das Redeverbot für Hitler bleibe bestehen.

Die völkische Fraktion im Reichstag stimmt für Subventionierung jüdischer Synagogen.

Berlin. (J.T.A.) Zum Haushalt des Reichsministeriums des Innern hatten die großen bürgerlichen Parteien den Antrag gestellt, den christlichen Kirchen und den Synagogen für kulturelle Zwecke 1 200 000 Mark zu bewilligen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der jetzt 15 Mann starken vereinigten völkischen Fraktion. Die Tatsache, daß die Völkischen für eine Position der jüdischen Synagogen stimmen, hat großes Aufsehen erregt. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ meint, es werde jetzt klar erkennbar, daß bei der Versöhnung der Ludendorff, Graefe und Straßer der Antisemitismus geopfert wurde, der selbst den Völkischen zu dumm geworden ist. Von anderer unterrichteter Seite wird der Ansicht Ausdruck gegeben, die Völkischen, die sich als die Garde Hindenburgs gerne präsentieren, hätten eingesehen, daß sich ein Radauantisemitismus mit dieser ihrer vermeintlichen Stellung nicht verträgt und hätten darum beschlossen, für einige Zeit mit antisemitischen Demonstrativschritten zurückzuhalten.

Der deutschvölkische Abgeordnete Kube und die Stabsärzte

Die „B.Z.“ (Nr. 162 v. 16.6.) berichtet aus dem Reichstag über eine kleine, vielbelachte Szene in der Sitzung vom 15. Juni. Der völkische Abgeordnete Kube fühlte sich durch einen Zwischenruf des demokratischen Abgeordneten Lemmer gestört und rief zurück: „Politische Kinder haben zu schweigen.“ (Abgeordneter Lemmer ist das jüngste Mitglied des Hauses.) Lemmer antwortete, er sei immerhin alt genug gewesen, um den ganzen Krieg von Anfang bis zum Ende im Felde mitzumachen, während Herr Kube erst 1917 und nur für ein paar Wochen an die Front gegangen sei, um sich dann ausschließlich auf Vorträge für Soldaten zurückzuziehen. Kube, etwas verlegen, sagte, Lemmer werde nur von den Juden unterstützt und das Judentum kenne er, Kube, sehr genau, denn er habe die jüdischen Stabsärzte kennen gelernt, die ihn, Kube, k. v. geschrieben hätten. Stürmische Heiterkeit setzte dieser seltsamen Begründung eines wenig heroischen Antisemitismus ein Ende.

Das Schicksal der „Kreuzzeitung“

Graf Westarp als Vorsitzender des Aufsichtsrates der „Kreuzzeitung“ läßt eine Erklärung durch das W.T.B. verbreiten, in der mitgeteilt wird, daß vor einigen Tagen eine Kreuzzeitungs-Aktiengesellschaft gegründet worden ist, die in Zukunft an Stelle der bisherigen G. m. b. H. die „Kreuzzeitung“ herausgeben wird. Das Aktienkapital beträgt vorläufig eine Million Reichsmark. In der Erklärung, in der die verschiedenen Mitglieder des Aufsichtsrates auch aufgeführt werden, heißt es, daß die „Kreuzzeitung“ ihre bisherige christlich-konservativ-nationale Richtung unter den alten Redakteuren fortsetzen wird. Diese Erklärung wendet sich vor allem gegen die Meldung des Berliner Vertreters der „Niederdeutschen Zeitung“, der behauptete, daß der bekannte Großindustrielle Arnold Rechberg den Verlag der „Kreuzzeitung“ übernommen habe und daran die Behauptung knüpfte, die „Kreuzzeitung“ würde nunmehr ein Organ des internationalen — in der Hauptsache jüdischen — Franzosenkonzerns werden.

Um die Schechita

Die Schächtfrage wird auch weiterhin in deutschen Fachorganen zum Gegenstand der Diskussion gemacht. In der Berliner „Fleischerverbandszeitung“ erschien in letzter Zeit eine Reihe von Artikeln pro und contra. In der Nummer vom 19. Juni schreibt u. a. Herr Max Levy, Fleischermeister in München, über das Schächten. Der Artikel, der an die Absicht des Deutschen Fleischerverbandes anknüpft, bei Gelegenheit des bevorstehenden 50jährigen Jubiläums des Verbandes über die Schächtfrage zu verhandeln, weist nochmals eindringlich darauf hin, daß es sich hier um eine religiöse Frage handelt, die nicht ausschließlich vom rein fachlichen Gesichtspunkt betrachtet werden darf.

Eine Statistik der ostjüdischen Einwanderung

Berlin. (J.T.A.) Der Haushaltausschuß des Reichtages nahm die deutschnationalen Anträge an, wirksame Schutzmaßnahmen zugunsten der gefährdeten und mißhandelten Minderheiten in fremden Staaten und eine bis zum 1. April n. Js. fortgeführte Statistik über den Umfang der ostjüdischen Einwanderung seit August 1914 vorzunehmen.

Jüdische Landarbeiter aus Deutschland in Amerika eingetroffen

New York. (J.T.A.) Mit dem Dampfer „Albert Ballin“ sind soeben die ersten jüdischen Landarbeiter aus Deutschland in der Zahl 23 eingetroffen. Sie erhielten Visa als „privilegierte“ Einwanderer. Einige derselben brachten ihre Familien mit sich. Sie wurden durch die Gesellschaft Hias auf verschiedene Stellen verteilt. Die meisten sind gesetzestreue Juden.

Alldeutsche Tagung in Kärnten

Wien. (J.T.A.) In Villach (Kärnten) tagte soeben der Alldeutsche Verband Reichsdeutschlands und Österreichs. Erörtert wurde der Neuaufbau eines deutschen Volksstaates auf völkischer Grundlage. Der Vertreter der deutschen Studentenschaft in Deutsch-Österreich, Körber, schilderte den Kampf der deutschen Jugend gegen das Vordringen des Judentums an den österreichischen Hochschulen. General der Infanterie Kraus feierte in einer Ansprache den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Heinrich Claß, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Reichspräsident Hindenburg den Justizrat Claß als Mann der Stunde berufen wird, wie einst Kaiser Wilhelm I. Bismarck berufen hatte.

Hakoah Fußballmeister von Österreich

Wien. (J.T.A.) Aus dem Kampfe um die Fußballmeisterschaft in Oesterreich ist die Fußballsektion des jüdischen Sportklubs Hakoah als Sieger hervorgegangen. Die „Wiener Morgenzeitung“ schreibt: „Der Triumph Hakoahs ist das größte Ereignis in der Entwicklung der jüdischen

Körpersportbewegung und gleichzeitig ihr bedeutendster Erfolg. Der Beweis der körperlichen Ebenbürtigkeit der Juden ist durch diesen Sieg der Hakoah in dem auf hohem Niveau befindlichen österreichischen Fußballsport auf das glänzendste erbracht. Aber auch Österreich braucht sich seines Meisterschaftssiegers nicht zu schämen. Die derzeit stärkste Mannschaft, die den heimischen Sport in so zahlreichen internationalen Kämpfen auf das beste vertreten konnte, hat den verdienten Erfolg erzielt."

Jüdische Olympiade in Wien zur Kongreßzeit

Berlin. (J.T.A.) Der Makkabi-Welt-Verband hat beschlossen, als Vorbereitung für die erste jüdische Olympiade in Palästina, aus Anlaß des 14. Zionistenkongresses in Wien, ein großes Turn- und Sportfest zu veranstalten, und hat die gesamte Durchführung dem „Jüdischen Turn- und Sportverband Österreichs" übertragen. Das Turn- und Sportfest wird zwischen 15. und 30. August stattfinden und soll sich zu einer gewaltigen Kundgebung für den jüdischen Regenerationsgedanken gestalten.

Zionistische Tagungen in Wien

Wien. (J.T.A.) In Verbindung mit dem zionistischen Weltkongreß werden zwischen 1. und 10. August in Wien die folgenden Weltverbände tagen: 1. „Misrachi", 2. Poale Zion, 3. Hitachduth, 4. Verband der Zionisten - Sozialisten, 5. Brith Hanoar (Weltverband der jüdischen Jugendorganisationen) und Blau-Weiß, 6. Zionistische Frauen. Die Ankunft Dr. Weizmanns wird am 11. August erwartet. Vor dem Kongreß wird noch eine Tagung sämtlicher zionistischer Arbeiterparteien gemeinsam mit der palästinensischen Arbeiterorganisation (Histadruth Haowdim) stattfinden, nach dem Kongreß wird das Komitee für das arbeitende Palästina tagen.

Eine Niederlage der „Christenwehr' 'in der Schweiz

Zürich. (J.T.A.) Bei den letzten Großrats- und Gemeinderatswahlen im Kanton St. Gallen wurden in der Stadt St. Gallen auch einzelne Kandidaten israelitischer Konfession aufgestellt, die von der dortigen Sektion der schweizerischen „Christenwehr", einer antisemitischen Organisation, in Flugblättern und Wahlaufrufen aufs schärfste bekämpft wurden. Die Polizeibehörde der Stadt St. Gallen erblickte in einem der Aufrufe eine Gefährdung des religiösen Friedens und verfügte die Konfiskation. Eine Beschwerde der „Christenwehr" beim Bundesgericht wurde zurückgewiesen; in St. Gallen ist ein Strafverfahren wegen Gefährdung des religiösen Friedens gegen die „Christenwehr" eingeleitet worden.

Numerus clausus in Ungarn. — Eine Erklärung des Unterrichtsministers Graf Klebelsberg

Budapest (J.T.A.). Der Senat der Budapester Universität hat eine Entscheidung getroffen, die allgemein als eine erhebliche Verschärfung der in Ungarn gesetzlich eingeführten Prozentnorm bei der Aufnahme von Juden zum Universitätsstudium und in die also chemischen Berufe beurteilt wird. 12 jüdische Ärzte, die infolge des numerus clausus in Ungarn ihre Studien an ausländischen Universitäten absolviert und dort ihre Diplome erhielten, wandten sich an den Senat der Budapester Universität mit dem Ersuchen um Nostrifizierung der Diplome, damit sie die ärztliche Praxis in ihrem Heimatlande ausüben können. — Entgegen aller bisherigen Übung, daß ausländische Diplome ungarischer Staatsbürger sofort zu nostrifizieren seien, beschloß der Senat diesmal mit 15 gegen 2 Stimmen, die Erledigung dieser Gesuche auf sechs Monate zu verschieben. Dieser Beschluß bedeutet für die jungen Ärzte nicht allein einen materiellen Verlust, sondern auch die Fortdauer einer quälenden Ungewißheit. In der jüdischen Bevölkerung Budapests herrscht denn auch darüber eine gewisse Unruhe.

Der Budapester J.T.A.-Vertreter besuchte dieser Tage den Unterrichtsminister Grafen Cuno Klebelsberg und befragte ihn über die Haltung der Regierung in der Numerus clausus-Frage. Graf Klebelsberg sagte, die Frage werde jetzt vom Unterrichsministerium nochmals in den Kreis der Erwägungen gezogen. Die Frage ist nicht nur in Ungarn aktuell, sie wird auch in den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten und in anderen Ländern diskutiert. Wir sehen die Numerus clausus-Frage nicht als eine politische an, sie ist eine Berufsfrage, die nicht viel mit Politik zu tun hat. Wenn wir diese Frage betrachten, so ziehen wir die internationalen Beziehungen in Erwägung. Ich veranlaßte, daß die in den anderen Ländern geltenden Methoden sorgfältig geprüft und mir darüber Bericht erstattet wird. Auf Grund dieser Berichte werde ich dann Beschlüsse fassen. Inzwischen handeln die Universitäten, wie sie es für richtig finden.

Der Eisenbahnpogrom vor dem rumänischen Parlament

Bukarest (J.T.A.). In der Nachmittagssitzung vom 4. Juni brachte der jüdische Deputierte Adolf Stern eine Interpellation ein, in der die Regierung gefragt wird. was sie zu tun gedenkt, um antisemitische Ausschreitungen in den Eisenbahnzügen zu verhindern und die Schuldigen zu bestrafen. Die Vorfälle im Jassyer Schnellzuge, mit welchem der freigesprochene Mörder Codreanu fuhr und aus welchem die jüdischen Passagiere hinausgeschleudert wurden, wobei zwei Mädchen lebensgefährlich verletzt worden sind, werden eingehend geschildert. Auch Kinder wurden schwer mißhandelt.

Die Bukarester Polizei treibt eine jüdische Reichskonferenz auseinander

Bukarest (J.T.A.). Am 9. Juni trat in Bukarest eine Konferenz jüdischer Vertreter aus allen Teilen Alt- und Neurumäniens zusammen, um über das geplante Attentat auf die jüdische Schule zu beraten und gegen den Gesetzentwurf der Regierung zu protestieren. Die Behörden hatten die Konferenz zwar nicht direkt genehmigt, deren Zusammentreten aber nicht direkt behindert. Erst als die Beratung im Gange war erschien Polizei im Konferenzsaal und trieb in brutalster Weise die etwa 1000 Delegierten auseinander. Vor dem Konferenzsaal hatten sich antisemitische Studenten angesammelt, die die jüdischen Vertreter beschimpften.

Bekanntlich hat die rumänische Regierung durch die halboffiziöse Agentur „Rador" erklären lassen, sie sei bereit, den Entwurf abzuändern und die hebräische Sprache gelten zu lassen. Nach diesem Verhalten gegen die jüdische Reichskonferenz begegnet diese Verlautbarung starkem Zweifel.

Pogromankündigung der „Erwachenden Ungarn“

Budapest (J.T.A.). Der Führer der „Erwachenden Ungarn“, Abg. Stephan Lenvai-Lehner, drohte in der Nationalversammlung mit einem scharfen Judenpogrom, für den Fall, daß die Aktion des früheren Ministers Beniczky zur Eruierung der Mörder des sozialdemokratischen Redakteurs Somogyi nicht niedergeschlagen werde. Das Organ der Erwachenden „Szozat“ schreibt in einem Leitartikel, daß „die Gegenrevolution wieder aufleben, gegen die jüdische Internationale auf die Barrikaden steigen müsse.“ Dieser ganz offen zu Judenpogromen aufreizende Artikel wurde von der Pressepolizei geduldet.

Kolleg für freie Künste und Wissenschaften an der New Yorker Jeschiwah

New York. (J.T.A.) Die bekannte nach Rabbi Jizchak Elchanon benannte New Yorker Jeschiwah, das größte jüdisch-theologische Seminar wird jetzt durch ein Institut für freie Künste und Wissenschaften erweitert. Die Grundsteinlegung für das neue Gebäude fand dieser Tage unter großen Feierlichkeiten statt.

Jüdische Gefährdetenfürsorge

Berlin. In den letzten Jahren hat die Gefährdetenfürsorge alle jene jüdischen Organisationen, die sich mit Wohlfahrtspflege befassen, vor allen Dingen die großen Gemeinden, aber auch die großen sozialen Institutionen sehr stark beschäftigt. So hat z. B. die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden seit ihrer Begründung sich diesen Problemen zugewandt. Auf einer Anstaltstagung im Jahre 1920 hat sie über die Fragen und Probleme beraten, welche Möglichkeiten bestehen, um die gefährdete jüdische Jugend in besonderen jüdischen Heimen unterzubringen. Auch in der Folgezeit war dieses Problem Gegenstand theoretischer Erörterungen bei der Erziehungskonferenz im Jahre 1923. In der Praxis sind die Anstalten mit der Frage der Aufnahme von verwahrlosten Kindern sehr häufig befaßt worden, ohne daß bestimmte Grundsätze aufgestellt werden konnten. Durch die Vermittlung der Zentralwohlfahrtsstelle wurde eine Reihe solcher Jugendlicher in Heimfürsorge gebracht. Auch andere Organisationen, so vor allen Dingen der Jüdische Frauenbund hat sich seit seiner Begründung mit der Gefährdetenfürsorge beschäftigt. Zu seinen Aufgaben gehört seit langen Jahren die Bahnhofshilfe. Auch auf dem Gebiet der Anstaltsfürsorge hat der Frauenbund durch Errichtung der Anstalt in Neu-Isenburg sein besonderes Interesse für dieses Fürsorgegebiet gezeigt. In jüngster Zeit hat sich der Jüd. Frauenbund wiederum mit besonderem Nachdruck diesem Aufgabengebiet zugewandt und hat zu diesem Zweck eine Gefährdeten-Kommission ins Leben gerufen. Die Bestrebungen des Hilfsvereins der deutschen Juden auf dem Gebiete der Bahnhofshilfe sind ebenfalls seit langen Jahren bekannt und der Deutsch-Israelitische Gemeindebund hat ja gerade diese Aufgabe als sein Spezialgebiet bearbeitet und Anstalten in Cöpenick, Repzin, Weissensee und Beelitz gegründet. Da unter der jüdischen Jugend die Verwahrlosung und Gefährdung in den letzten Jahren sichtbarlich um sich gegriffen hat, ist der Zusammenschluß aller Organisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft notwendig geworden, damit von einer Zentralstelle aus systematisch alle Fragen und Probleme der Gefährdetenfürsorge im weitesten Sinne erörtert werden können. Die Arbeitsgemeinschaft: Jüdische Gefährdetenfürsorge, der außer den bereits genannten Organisationen auch die Großloge für Deutschland und die Zionistische Vereinigung angehören, hat vor einiger Zeit über die dringendsten Aufgaben der jüdischen Gefährdetenfürsorge beraten. Dazu gehört Schaffung eines besonderen Heimes für die schulpflichtigen Knaben, da Repzin zur Zeit nach dieser Richtung nicht ausreicht. Hierher gehört auch die Errichtung von Heimen für die gefährdete weibliche Jugend und die Zusammenarbeit mit den städtischen Pflegeämtern. Es wird ferner eine Aufagbe sein, dahin zu wirken, daß in viel stärkerem Maße als bisher die jüdischen Erziehungsanstalten Kinder aufnehmen, die aus irgend welchen Gründen gefährdet sind und der Schutzfürsorgeerziehung unterliegen. Endlich wird besonders Nachdruck darauf zu legen sein, geeignete Persönlichkeiten heranzuziehen und auszubilden, die für die Leitung und Mitarbeit in den Unterkunftsheimen, wie sie auf Grund des vor der Verabschiedung stehenden Bewährungsgesetzes zu errichten sein werden, sich zur Verfügung stellen.

Die Leitung der Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Gefährdetenfürsorge“ ist Frau Justizrat Paula Ollendorff, Breslau, übertragen worden.

Arbeitsausschüsse der Israelit. Kultusgemeinde München

Für die neue Wahlperiode sind die folgenden Ausschüsse aufgestellt worden:

Wahlprüfungsausschuß:

JR. Beer, JR. Dr. Feuchtwanger, Popper, Dr. Julius Siegel, JR. Dr. Adolf Strauß, RA. Dr. Ernst Wilmersdörffer.

Revisionsausschuß:

Direktor Apfel, Jakob Fränkel, Simon Leiter, Louis Weil, Isaak Wildberger.

Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß:

OLGR. Dr. Neumeyer, JR. Beer, Geh. JR. Dr. Dispecker, JR. Dr. Feuchtwanger, Geh. JR. Prof. Dr. Frankenburger, RA. Dr. Perlmutter, Dr. Elias Straus, JR. Dr. Adolf Strauß, Dr. Ludwig Wassermann.

Finanz- und Stiftungsausschuß:

Geh. JR. Prof. Dr. Frankenburger, Geh. JR. Dr. Dispecker, Albert Landauer, Justin Lichtenauer, Viktor Löwenstein, Louis Picard, Hermann Rosenthaler, Dr. Julius Siegl, Dr. Adolf Strauß, Dr. Ludwig Wassermann, Sigmund A. Weil, RA. Dr. Ernst Wilmersdörffer.

Synagogenausschuß:

Albert Landauer, Direktor Max Apfel, JR. Beer, Dr. Karl Löwenthal, Bernhard Lustig, Isidor Popper, Louis Selinger.

Ritualausschuß:

Hermann Rosenthaler, JR. Feuchtwanger, Albert Landauer, Dr. Louis Levinger, Samuel Rothschild, Louis Selinger.

Ausschuß für Bauwesen und Friedhofsanlagen:

Geh. JR. Prof. Dr. Frankenburger, Direktor Max Apfel, Leopold Ballin, Dr. Paul Drey, Hermann

Rosenthaler, Samuel Rothschild, Josef Schachno, Ing. Hugo Sternberger, Sigmund A. Weil.

Sozialer Ausschuß:

Dr. Elias Straus, Frau Ascher, Rabb. Dr. Baerwald, Frau Dr. Baerwald, Leopold Ballin, Sanitätsrat Dr. Baron, Hofrat Dr. Dörnberger, Handelsrichter Arthur Einhorn, Frau Dr. Eßlinger, Felix Feuchtwanger, Dr. Leo Feuchtwanger, Dr. Feust, Frau Nelly Fränkel, Dr. M. J. Gutmann, Dr. Ichenhäuser, Frau JR. Kitzinger, Adolf Lang, Frau Selma Löwenstein, Frau KR. Löwenthal, Dr. Karl Löwenthal, Bernhard Lustig, Frau Alice Marx, Frau OLGR. Dr. A. Neumeyer, Frau Geh.-R. Oppenheimer, Dr. Prager, Frau Lucie Reinemann, Louis Selinger, Frau Dr. Rahel Straus, Frau Gertrude Weil, Dr. Alfred Werner, Frau Prof. Werner.

Friedhöfe:

Albert Landauer, Isaak Bacharach, Julius Bloch, JR. Dr. Dreifuß, Felix Feuchtwanger, Frau Reinemann, Louis Selinger, Frau Wiener.

Wohltätigkeits- und Waisenstiftung:

Albert Landauer, Frau JR. Dr. Ellinger, Jakob Fränkel, David Horn, Frau Selma Löwenstein, Frau Lucie Reinemann, Louis Selinger, Frau Recha Stark, Samuel Rothschild.

Krankenhaus:

Albert Landauer, Isidor Popper, Samuel Rothschild, Frau Lina Weil, Dr. Berthold Weiß.

Pensionat:

Albert Landauer, Bernhard Lustig, Louis Selinger, Arthur Wechsler, Frau Lina Weil, Frau Reinemann.

Ritter-Stiftung:

Adolf Lang, Isaak Bacharach, Julius Bloch, JR. Dr. Feuchtwanger, Isidor Popper, Hermann Rosenthaler, Josef Schachno, Frau Recha Stark, Frau Dr. Grete Weihl, Walther Weiß.

Lipschütz'sche Anstalt:

Adolf Lang, Sanitätsrat Dr. Baron, Frau JR. Dr. Ellinger, Frau JR. Dr. Fränkel, Justin Lichtenauer, Louis Picard, Isidor Popper.

Krankenheim:

JR. Dr. Max Feuchtwanger, Dr. Wassermann.

Landheim Wolfratshausen:

Geh. JR. Prof. Dr. Frankenburger, Sanitätsrat Dr. Baron.

Talmud Thora:

Viktor Löwenstein.

Jugendhilfe:

Sigmund A. Weil, Frau Lucie Reinemann.

Schwesternheim:

Albert Landauer, Sanitätsrat Dr. Baron, Frau JR. Dr. Ellinger, Hermann Rosenthaler, Dr. M. J. Gutmann, Dr. Karl Löwenthal, OLGR. Dr. Neumeyer.

Redaktionsausschuß:

Dr. Östreich, Rabbiner Dr. Baerwald, Sanitätsrat Dr. Baron, JR. Dr. Feuchtwanger, JR. Dr. Heilbronner, Dr. Julius Siegel, ObstLGR. Prof. Dr. Silberschmidt, Dr. Elias Straus, Dr. Ludwig Wassermann.

Schulausschuß:

OLGR. Dr. Neumeyer, Louis Auerbach, Rabbiner Dr. Baerwald, Sanitätsrat Dr. Baron, Oberlehrer Dingfelder, Frau JR. Dr. Ellinger, Dr. August Feuchtwanger, JR. Dr. Emil Fränkel, JR. Dr. Heilbronner, Studienprof. Dr. Klugmann, Adolf Lang, Dr. Perlmutter, Studienrat Schaalmann, Amtsrichter Dr. Schäler, Sigmund A. Weil, RA. Dr. Ernst Wilmersdörffer.

Ausschuß für Bildungswesen und Gemeindebibliothek:

RA. Dr. Perlmutter, Rabbiner Dr. Baerwald, Sanitätsrat Dr. Baron, Rabbiner Dr. Ehrentreu, Dr. August Feuchtwanger, Paul Grünbaum, Dr. Franz Gutmann, Dr. M. J. Gutmann, JR. Dr. Heilbronner, Bankier Krämer, Dr. Hans Taub, RA. Dr. Ernst Wilmersdörffer.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Große Mädelsgruppe des J.J.W.B. Sonntag, den 28. Juni halb 8 Uhr Ostbahnhof. Heimabend: Dienstag, den 30. Juni 8 Uhr Herzog Maxstr. 5.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez. Am Samstag, den 27. Juni 1925 abends halb 10 Uhr findet ein Abschiedsabend für Herrn Opernsänger M. Sackaschansky und Frau Gemahlin statt. Ansprachen, Gesang und Rezitationen in zwangloser Reihenfolge versprechen dem Abend einen sehr interessanten Verlauf zu geben. Wir ersuchen unsere Mitglieder vollzählig zu erscheinen. Gäste herzlich willkommen. Kleiner Sitzungssaal der Jüdischen Gemeinde, Herzog Maxstraße 5/I Rgb.

Jüdischer Gesangverein München. Der Ausflug findet bestimmt am 28. Juni statt. Abfahrt Holzkirchner Bahnhof um 7.18 Uhr mit Sonntagskarte nach Miesbach. Von dort Marsch zum Seehamer See. Nachzügler können um 9.40 Uhr nach Thalham fahren, wo sie um 11 Uhr an der Bahn abgeholt werden. Proviant, Klampfen, Bälle und Badezeug ist mitzunehmen. Rückkunft etwa halb 10 Uhr.

Zionistische Ortsgruppe München. Montag, den 22. Juni hielt der Generalsekretär des Jüdischen Nationalfonds (Keren Kajemeth), Herr Dr. E. M. Zweig aus Jerusalem, einen Vortrag über „Bodenfragen in Erez Jisrael". Herr Dr. Zweig gab ein anschauliches Bild von dem derzeitigen Stand der Bodenpolitik des Jüdischen Nationalfonds und erörterte besonders die Gefahren der Bodenspekulation. Dem äußerst instruktiven Referat folgte eine Aussprache, bei der der Redner Gelegenheit hatte, seine Ausführungen noch zu ergänzen. Der Vortragsabend war gut besucht.

Jüdischer Jugendverein München. Wie beim kürzlich stattgehabten Sommerfest des Vereins den zahlreichen Mitgliedern und Freunden bereits bekannt gegeben wurde, findet diesen Sonntag, den 28. Juni vormittags 11 Uhr eine Sondervorführung des Films „Nathan der Weise" mit Werner Kraus und Karl de Vogt in den Hauptrollen im Passagekino, Kaufingerstraße, statt. An die öffentliche Vorführung dieses Films, der mit zu den besten Werken deutscher Lichtbildkunst gehört und von der Münchener Emelka hergestellt wurde, knüpften sich manche Vorfälle, die viele vom Besuch der Vorführungen (die auch polizeilich eine Zeit lang untersagt wurden) abhielten. Um nun allen Interessenten, besonders der Münchener jüdischen Jugend und ihren älteren Angehörigen, Gelegenheit zu geben, diesen wertvollen Film der Menschlichkeit und des Judentums

zu sehen, hat der J.J.V. keine Mühen und Opfer gescheut, um diese Vorführung zu ermöglichen und sie durch ihre Billigkeit (50 Pfennig Mitglieder, 70 Pfennig Nichtmitglieder) jedem zugänglich zu machen. Auch Jugendliche haben Zutritt. Der Verein erwartet, daß die geistig interessierten Juden aller Kreise und Parteien ihre Erkenntnis des Wertes dieser Vorführung durch zahlreichen Besuch ausdrücken und damit die ideellen Ziele der jüdischen Jugend unterstützen. Im Falle eines guten Erfolges der Vorführung sieht der Verein eine zweite Sondervorführung vor: „Das alte Gesetz“, ein Film aus dem Ghetto von E. A. Dupont. Der Vorstand.

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Jüdischer Nationalfonds)



Postscheckkonto
München
10121
Nürnberg
24565

Fernsprecher
München
56199
Nürnberg
9226



Zentrale für Deutschland Berlin W 15

Meinekestraße Nr. 10

Münchener Spendenausweis vom 16.—23. Juni 1925

Gold. Buch Richard Fraenkel s. A. Dr. Alfr. Fränkel anl. der Geburt seines Sohnes 10.—.

Büchsen. Geleert durch N. Gidalewitsch: Gröger 1.15, Königsberg 3.74, Spielmann 2.—, Dr. Deutsch 2.02 = 8.91; geleert durch Engelberg: Lieber 5.—, Feuer 6.30, Postowsky 1.—, Blumenfeld 2.30, Neumayer 1.—, Weiß 2.03, Fuchs 2.—, Pardal 1.41 = 21.09; einzelne Büchsen: F. W. Keller 4.99.

Gesamtsumme des Ausweises Mk. 44.99.

Gesamtausweis seit 1. Okt. 1924 Mk. 8184.01.

Auflösung des hebräischen Buchstabenrätsels in Nr. 25:

ושתי אבצן המדתא ברכיהו תולע לויתן רחבעם עמון
כמוש כרתי ופלתי מלכם ויזתא כרכמיש:
ואהבת לרעך כמוך!



GARMISCH-PARTENKIRCHEN
Bayerisches Hochgebirge
Pension Landhaus Wolff
Hellwegerweg 288a, Fernsprecher 360
Vornehmste Familienpension, anerkannt erstklass. Küche

JÜDISCHES LANDHEIM
Kinder-Erholungsheim
Wolfratshausen (Isartal)

Streng rituell. Das ganze Jahr geöffnet. Wir empfehlen Anmeldungen für September u. Oktober schon jetzt zu betätigen. Prospekte kostenfrei

Norderney

DAS NORDSEEBAD
Die Insel des Sports / Die Stätte klassischer Musik
Seeweg über Bremen-Bremerhaven-Helgoland. Direkte Schnellzugs- und Dampferverbindung Norddeich-Norderney
Führer durch die Badeverwaltung

L. SIMONI, MÜNCHEN
PROMENADEPLATZ 15
Spezialität:
Feine Damenwäsche und Strümpfe

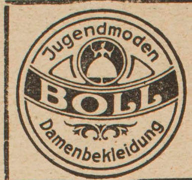
Chinesischer Turm
Die ideale Gaststätte im Englischen Garten (Bayr. Staatsbesitz)
Nachmittagsmusik Kammertrio Jais
Eigene Konditorei / Vorzügliche Küche / Schwarzwälder Naturweine / Münchner Löwenbräu
Die gesamten Räume sind d. Zentralheizung behaglich erwärmt.



Seidenschirme, Drahtgestelle aller Art, auch aus mitgebrachten Stoffen. Engros - Export



DELMENHORSTER
LINOLEUM
„SCHLÜSSEL-MARKE"
Altbewährte deutsche Qualitätsware/Grosses reichsortiertes Lager in allen Ausführungen unterhält ständig das solide
Spezial-Geschäft für Linoleum
ESSIG & CO. MÜNCHEN
Sendlingerstraße 71/Telefon 57723
en gros Geschäftszeit von 8—6½ Uhr en detail



ADOLF BOLL
THEATINER-STRASSE 32

Hoflieferant
ALOIS DALLMAYR
München, Dienerstrasse 14/15
Feinkost- und Lebensmittelhaus ersten Ranges



Neben der Hauptpost

Der elegante Damenhut
In allen Preislagen
Fritz Tausky
München / Residenzstrasse 3

Küchenmöbel bekannt erstkl. u. preiswert **Johann Hügel** Spezialhaus f. Küchenmöbel
Corneliusstraße 44 (früh. Löwengrube)

Herren- und Damenwäsche
nach Mass
elegante Schlafanzüge fertigt unter Garantie tadellosen Sitzes aus mitgebrachten Stoffen. / Auch Hohlsaum, Sticken, Knöpfe, Plissieren
Lina Bing, Augustenstr. 5/0. Telef. 31736

PIANOS Erstkl. tonschöne Instrumente mit voller Garantie. / Stimmungen. / Reparaturen
PAUL FITZNER / KLAVIERBAU
Amalienstraße Nr. 91 Fernsprecher Nr. 23371

FERN-UMZÜGE
von und nach allen Richtungen. Automöbeltransporte mit modernsten Automöbelwagen
STADT-TRANSPORTE
mit geschultem, verlässigem Personal
Solide Preise, pünktliche, reelle Bedienung
Gregor Ullrich • München • Oberländerstraße 5b
Telephon 72887

WAS AN DER TÜRE DU GIBST IN FALSCHEM ERBARMEN,
NIMMST DU DEN STILLVERSCHÄMT,
WIRKLICHEN ARMEN.



DARUM
ERWIRB DAS
MITGLIEDS-SCHILD
HAUSBETTELABLÖSUNG
NUR:
THEATINERSTRASSE 3/II
HILFSBUND DER MÜNCHENER EINWOHNERSCHAFT

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Max Mayer, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.